

Das PARTEI Manifest 2.0 - Für eine Zukunft mit Zukunft

Die PARTEI

Politisches Manifest 2.0

**Inspiration und Motivation
für eine selbstbestimmte
Zukunft mit Zukunft**

**Für eine neue Werteordnung in
Deutschland und Europa**

Leisten wir uns den Luxus,
eine eigene Meinung zu haben.
(Otto von Bismarck)

Herausgeber
Die realpolitische Plattform in Die PARTEI

Autor
Gerd Dieter Anton Bruckner

Andere reden über Transparenz, wir schaffen Transparenz

Die PARTEI – Politisches Manifest 2.0

Version 2.0 Mai 2014

Version 1.0 August 2010

www.die-partei-bayern.com www.die-partei.de

© Gerd Bruckner

Herstellung: Cybernex GmbH

Verlag: ROI (Return of Investment)

im Eigenverlag der Cybernex GmbH

Umschlaggestaltung: Robert Seeler

EBook unverb. Preisempfehlung: 9,90 €

Inhaltsverzeichnis

Vorwort (Konsens der Gesellschaft)	Seite 5
Selbstbestimmungsrecht der Bürger in Deutschland	Seite 8
Agieren statt reagieren	Seite 13
Besser ein Plan als kein Plan?	Seite 14
Selbstbestimmung setzt Fairness voraus	Seite 15
Selbstbestimmung und Transparenz	Seite 20
Selbstbestimmung innerhalb der Gesellschaft	Seite 20
Metaregeln für die Gesellschaft	Seite 23
Begrenzung der Gesetzesflut	Seite 24
Die grundlegende Lösung lautet Transparenz	Seite 25
Überlegungen zur Transparenz in den Medien	Seite 27
Transparenz und die Netzwerke der Macht	Seite 28
Wertigkeiten innerhalb der Gesellschaft	Seite 31
Wertschöpfung für Unternehmen und die Gesellschaft	Seite 36
Sanktionen	Seite 37
Gesetze auf dem Prüfstand	Seite 40
Nullbürokratie	Seite 41
Schuldenfreiheit der Gesellschaft	Seite 42
Wider der totalen Globalisierung	Seite 45
Entwicklungshilfe	Seite 46
Bürgergeld für Alle	Seite 48
Wirtschaft und Wissenschaft	Seite 58
Steuern in einer Gemeinschaft	Seite 60
Ressourcengebühr	Seite 61
Demokratisierung der Wirtschaft	Seite 64
Recht und Korruption	Seite 67
Unternehmensstrafrecht	Seite 70
Gesundheitspolitik	Seite 72
Energiepolitik	Seite 76
Transportpolitik	Seite 81
Entwicklungspolitik	Seite 83
Folter	Seite 84
Asylpolitik	Seite 84

Das PARTEI Manifest 2.0 - Für eine Zukunft mit Zukunft

Privatisierung von Allgemeingütern	Seite 86
Staatsverschuldung	Seite 88
Innere Sicherheit	Seite 90
Volksbegehren, Volksentscheid, Bürgerentscheid	Seite 92
Schlusswort	Seite 95
Spendenkonto	Seite 96
Danksagung	Seite 97

Vorwort

Konsens der Gesellschaft

Ein Konsens ist eine Übereinstimmung. Der erste Konsens ist der, dass für ein gedeihliches Zusammenleben Konsens erforderlich ist. Wir kennen das ja aus dem Straßenverkehr. Ohne Konsens würde der Straßenverkehr nicht funktionieren. So haben wir uns in Deutschland darauf geeinigt, dass wir rechts fahren – England hat den Konsens gefunden, links zu fahren. Als Tourist müssen wir wohl oder übel diesen Konsens akzeptieren, den die jeweilige Gesellschaft gefunden hat. So wie wir den Konsens gefunden haben, dass wir keine Bomben werfen, wenn wir mit der Politik einer Partei nicht einverstanden sind. Wir diskutieren, erklären uns und könnten wählen, wenn dieser Wahlvorgang fair gestaltet wäre, weil viele ausgeschlossen bleiben, obwohl sie vielleicht einen intelligenten Beitrag zu bestimmten Problemen haben.

Aufgabe der Politik ist es, nicht alles über einen Kamm zu scheren, nur weil es bequem ist und ein Konsens aus alten Zeiten beruht. So ist nicht jede Regelung sinnvoll und nützlich für die Gesellschaft und sollte deshalb immer wieder überprüft und der jeweiligen Situation und den gesellschaftlichen Forderungen angepasst werden. (Trotz des Konsenses, bei einer roten Ampel nicht fahren zu dürfen, kann ein „Grüner Pfeil“ sehr sinnvoll sein, der das Abbiegen, trotz roter Ampel, ermöglicht.). Zu Kaiser Wilhelms Zeiten mag es opportun gewesen sein, dass eine Kriegsmarine von den Machthabern gewünscht und das Geld dafür über eine Sektsteuer von der Gemeinschaft erbracht wurde. Nicht nur die Elite war damals schon ein willfähiges Opfer und arrangierte sich mit den Machthabern um einen Konsens der Gemeinschaft vorzutauschen und dann Andere in den Krieg zu schicken.

Ist die Gesellschaft allerdings – aus welchen Gründen auch immer – der Meinung, dass eine Kriegsmarine nicht opportun erscheint (Deutschland findet ja auch, dass Atomraketen nicht opportun sind, obwohl wir die technischen Möglichkeiten besitzen), so opportun kann die Sektsteuer in der heutigen Zeiten nicht mehr sein. Der Grund für die Beibehaltung dieser merkwürdigen und veralteten Steuer ist, dass der Staat und eben nicht die Gesellschaft an einer Steuer festhalten und diese deshalb nie mehr aufgehoben wird. Beim Solidaritätsbeitrag ist es ähnlich und dieser wird, wenn wir nicht dagegen aufbegehren, eine ewige versteckte Steuer für uns sein. Es ist deshalb ein Diskurs zu den großen Themen angesagt und Lösungsvorschläge und Visionen zu diskutieren, die in der Gesellschaft als Wichtig erachtet werden. Das Manifest der RPP (Realpolitische Plattform innerhalb der PARTEI) unternimmt den Versuch, diesen Beitrag zu leisten.

Ausgangspunkt

„Drei Viertel der Bürger würden sich mit einem geringeren Zuwachs an materiellem Wohlstand abfinden, wenn dadurch die Umwelt für künftige Generationen besser erhalten und die öffentliche Verschuldung gesenkt werden könnten. Einen Wohlstand, der durch Schädigung der Umwelt oder hohe Staatsverschuldung erkaufte wird, lehnen mehr als 80 Prozent ab. „sein Leben selbst zu bestimmen“ (66 Prozent) und „das friedliche Zusammenleben mit Menschen“ sowie „soziales Engagement“ (58 Prozent) werden mit Abstand für wichtiger gehalten, als „Geld und Besitz zu mehren“ (12 Prozent)“

Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) bereits im August 2010. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Zahlend dürften 2014 sogar noch höher liegen.

Das PARTEI Manifest 2.0 - Für eine Zukunft mit Zukunft

Dieses PARTEI-Manifest der Realpolitischen Plattform der PARTEI (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative) nimmt die Bürger unserer Wertegemeinschaft ernst und behandelt als Diskussionsbeitrag die fehlende Transparenz in unserer Gesellschaft, die Bevorzugung der Banken und des Finanzmarktes, die Vernachlässigung des Wassers als wichtigstem Energieträger, die absurde Wirtschafts-Entwicklungs- und Asylpolitik und die damit fehlende Selbstbestimmung in unserer Gesellschaft.

Es liefert Vorschläge, Lösungen und benennt Ziele für interessierte Bürger, die mit den derzeitigen Machtverhältnissen nicht mehr einverstanden sind.

Es hilft, Die PARTEI näher kennen zu lernen und dient als Diskussionsgrundlage für eine selbstbestimmte Zukunft, mit mehr Transparenz in unserer Gesellschaft.

Hinweis: Die PARTEI wurde 2004 von den Mitarbeitern der Satire Zeitschrift „titanic“ gegründet. Was zu Beginn als Satire und als Spiegelbild der Gesellschaft startete, entwickelte sich bald als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien. So gelang der Partei „Die PARTEI in 2014 der Einzug ins Europaparlament.

Damit Bürger die Ernsthaftigkeit von Die PARTEI erleben können, wurde die realpolitische Plattform innerhalb von Die PARTEI ins Leben gerufen, um engagierten Bürgern eine Plattform zu liefern, sich wieder realpolitisch in die Gesellschaft einzubringen und sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu engagieren. Dass dies unter Zuhilfenahme der Satire möglich ist, beweist Die PARTEI u.a. mit ihren aktiven Mitgliedern, die in so manchem Rathaus bereits anzufinden sind.

Selbstbestimmungsrecht der Bürger in Deutschland

„The German Angst“ oder warum eine verordnete Gängelung in Deutschland die Gesellschaft in den Wahnsinn treibt und wir etwas dagegen tun müssen. Nicht nur dass Deutschland früher von den europäischen Nachbarstaaten für deren Einmischung und deren Gängelung gehasst wurde, heute ist Deutschland mit sich selbst beschäftigt und hat für die Nachbarn einen guten Weg gefunden um die abhanden gekommene Bevormundung zu lokalisieren: Die Bevormundung der eigenen Bevölkerung! Und das gelingt den gewählten Repräsentanten mittlerweile so vortrefflich, dass nur noch Die PARTEI mit Tatkraft und Visionen und ehrlichem Durchsetzungsvermögen, sich der wichtigen Themen annimmt und diese mit praktikablen Vorschlägen unter Einbeziehung der Bevölkerung, sprich der gesamten Gesellschaft, ausfüllt.

Denn Staat, Regierung, Politiker, Unternehmer und Bürger sind eine Gesamtheit, die momentan eines widerspiegelt: Ahnungslosigkeit und Entfremdung voneinander. Wer versteht noch, dass ein Drittel der Bürger in Bayern der schweigenden Mehrheit in diesem tollen Urlaubsland ein totales Rauchverbot aufsetzt, Mörder, Menschenschänder und Kindsmisbrauchler mit Nachsicht rechnen können und die Opfer ohne Beistand bleiben. Streubombenhersteller mit Riesterrentenbeiträgen gefüttert, Mercedes, Rheinmetall und Siemens sich an Firmen mit Landminen und Streumunition diskussionslos beteiligen, Großbanken von der Gesellschaft finanziert und andererseits läppische Mundraubstehler und Kiffer mit Höchststrafen dingfest oder zumindest auf dem Amtsweg gesellschaftskonform drangsaliert werden.

Kein Wunder, dass neue Parteien entstehen, dem Establishment den Kampf ansagen. So versuchen Politiker und Innenminister fortwährend in die heiligsten Räume vorzudringen und dort den

Schnüffelstaat zu etablieren, was dank der letzten Instanz, dem Bundesverfassungsgericht, bis dato vermieden werden konnte. Dass Recht nicht Recht sein muss, weiß jedes Kind. Wenn es aber zu derartigen Auflösungserscheinungen kommt, dass (im Gegensatz zu weiten Teilen des europäischen Ausland) selbst Generalstaatsanwälte von der Politik gegängelt und unter Druck gesetzt werden - je nach Gusto der jeweiligen Regierung – dann wundert es niemanden mehr, dass Durchsuchungen bereits vorher bekannt sind, Aussageverweigerungen zu keinerlei Konsequenzen führen (siehe Kohl und seine Spender) und jeder gewählte Politiker sich vom Acker macht (siehe Schröder und Joschka Fischer), wenn es einmal nicht so läuft und lieber noch mal schnell in der Wirtschaft abgreift, dann stinkt es in einer Gesellschaft gewaltig.

Dieses Manifest vom Ehrenvorsitzenden Die PARTEI in Bayern zeigt einen kleinen Ausschnitt unserer Probleme in der Gesellschaft und dient als Diskussionsgrundlage, um den Verstand und das Bauchgefühl wieder zu befreien und die Hörigkeit des Volkes an den Staat, seine Politiker, Verbände und deren Lobbyisten zu beenden.

Gurus und anderen wohlmeinenden Führern mit ausgeprägtem Egoismus soll damit das Handwerk gelegt, der Pluralismus gestärkt und die Gesellschaftsfragen offen gestellt werden. Das bedeutet aber auch, Selbstvertrauen in das eigene Schicksal zu haben und an sich selbst zu glauben, sich und andere zu motivieren und seinen Impulsen freien Lauf zu lassen.

Beispiel gefällig? Als Frau verlieben sie sich einen attraktiven Mann und sind schwer verliebt. Nach den ersten rosa Zeiten für die sie entschuldigt sein sollte, offeriert ihr der Mann, dass er mit einem Freund ein Geschäft betreibe und deren Geld zu tollen Zinsen anlegen würde, wenn sie möchte. Die Frau gibt ihm, trotz mauem Bauchgefühl ihr Ersparnis und denkt dass alles gut

angelegt ist. Schließlich ist er ihr Freund und wird es mit ihr gut meinen. Das Bauchgefühl unterdrückt sie dabei. Nach einiger Zeit entdeckt sie ein Sexspielzeug und wundert sich, dass dieses Erwachsenenspielzeug seit einem Jahr bereits existiert, ihr aber niemals überreicht wurde. Die Alarmglocken schrillen in so einem Fall natürlich sofort und so unternimmt sie den Versuch, die Ehrlichkeit auch in finanzieller Hinsicht herauszufinden und bittet, da sie ja einen Vertrag in Händen hat, in dem festgehalten ist, dass sie jederzeit das investierte Geld wieder zurückholen kann, um Herausgabe des Geldes wegen einem Notfall. Sie kündigt also den Vertrag schriftlich und erbittet das Geld zurück, um darüber verfügen zu können. Und was passiert? Der Liebhaber hat einen Wohnungsschlüssel und besucht die Wohnung, findet den Vertrag, entklammert die letzte Seite mit den Unterschriften und tauscht den Vertrag mit einem neuen Vertrag aus und klammert die letzte Seite mit den Unterschriften wieder daran.

Hätten Sie damit gerechnet? Mit vielem, aber dass jemand so dreist ist und sich nach über einem Jahr als richtiges Arschloch und Betrüger outet ja wohl nicht.

Somit hat wohl nur eine Minderheit mit dieser Situation gerechnet und Frau stellt fest, dass sie

- a) auf den falschen Mann gesetzt hat,
- b) das Ersparte wohl weg ist
- c) sie einem Wirtschaftsbetrüger aufgefressen ist.

In der Politik ist es ähnlich:

Die Regierung erzählt der Gesellschaft dass eine Steuererhöhung zum Wohle aller notwendig ist, weil die Staatsfinanzen es nötig hätten. Warum sie es nötig haben, wird dabei oft nicht erzählt. Die Ursachen bleiben im Dunkeln. Die Regierung nimmt dieses Geld allerdings nicht für Investitionen auf oder verteilt es an die

ärmeren in der Gesellschaft, für freie Unterrichtsmittel, Kindergärten oder für von Widrigkeiten geschundene Menschen.

Nein sie gibt es Großbauern, Großkonzernen, den Besitzenden und natürlich den Banken. So vergibt die Gesellschaft Geld an die Banken und leiht sich dann von den gleichen Banken wieder Geld zu einem Zinssatz den die Gesellschaft zu erbringen hat. Die Bank kommt nun in das Regierungsgebäude und tauscht nun den Vertrag aus, weil sie klamm oder systemrelevant pleite ist und die Regierung spielt mit. Weil ja das Geld von den Bürgern per Steuern kommt. Da der Bürger angenommen hat, dass seine Bank rechtschaffen damit arbeitet, sprich sein Geld anlegt oder es verleiht (der Zinssatz ist natürlich etwas höher wenn Geld geliehen wird, als wenn es der Bank geliehen wird) hat er natürlich auch damit nicht gerechnet, dass diese spekulativ damit arbeitet, das Geld verliert und dem Bürger dann mitteilt: Pech gehabt. Die Vertragsunterlagen hätte er besser einmal gelesen und den Text darin auch verstanden.

So stellt die Gesellschaft fest, dass sie

- a) auf die falsche Regierung gesetzt hat
- b) das Geld nicht bei den Bürgern, sondern bei den Banken landet
- c) sie einem Betrug schlimmsten Ausmaßes aufgefressen ist.

Im Gegensatz zu der Frau, die zumindest Strafanzeige gegen den Betrüger stellen kann, kann die Gesellschaft nur gegenüber sich selbst Strafanzeige stellen und abwarten bis die nächste Generation den Schlamassel ausbadet, wenn sie selbst bereits im Rentenalter angekommen ist.

Die „Bad Banks“ sind das beste Zeichen, dass der Betrug noch Jahrzehnte halten wird – außer es kommt zu einer Staatspleite, was aller Voraussicht stattfinden wird. Einen einmaligen Betrug kann jede Frau und Gesellschaft mit Ach und Krach meistens überstehen: Wenn der Betrug allerdings tagtäglich stattfindet

braucht sich niemand zu wundern, wenn das System zusammenbricht und der Betrüger vom Betrogenen nicht mehr unterscheidbar ist. Weil die Regierung gewechselt hat und die Vertreter der betroffenen Regierung bereits im Aufsichtsrat der Banken sitzen, die vorher noch von dem Deal profitierten.

Zu glauben, dass Andere es schon richten werden, reicht eben nicht aus. Weil Selbstbestimmung auch Verantwortung impliziert. Freiheit und Selbstbestimmung setzen aber zugleich Konsens und Transparenz voraus. Es gibt keine Alternativen, so wie es nach jedem Krieg nur Frieden geben kann.

Anmerkung:

Die einzelnen Kapitel nehmen Stellung zu den Dissonanzen zwischen Regierung und Volk. Aus diesem Grund wird auch nicht mehr vom Staat, als Dritte Person, gesprochen, sondern von der Gesellschaft / Gemeinschaft, weil nur die Begriffe „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“ das ausdrücken, was bis heute durch hierarchische Ebenen verloren ging.

Die Bürger sind der „Staat“, sie sind die „Gesellschaft“. Also bestrafen wir uns permanent selbst und verlieren die Offenheit, die eine Gesellschaft braucht, um erfolgreich zu sein, um sich gegenseitig bei Schicksalsschlägen zu helfen. Denn das ist der ureigenste Zweck einer kultivierten Gesellschaft. Regeln aufzustellen und diese zu beachten, ohne nach dem Gusto eines Anderen sich richten zu müssen. Es muss ja nicht immer erst eine Flut, eine Epidemie, eine Hungersnot in einem Teil dieser Welt, ein Krieg, ein Komet, ein Asteroid oder ein Ölleck am Grund des Meeresboden eintreten, um ein gesellschaftliches Ereignis daraus zu machen, bei dem Alle für eine Idee und deren Umsetzung eintreten und die dann ebenso schnell wieder vergessen ist, wie sie gekommen ist.

Agieren statt reagieren

Es verwundert schon sehr, dass wie im Beispiel von BP, zu dem die deutsche Marke ARAL gehört, von Seiten der Gesellschaft, der Politik und Gesetzgeber die Verantwortung diesem Konzern allein aufgebürdet wird und vorher die gleichen Institutionen einen Freischein für Tiefseebohrungen erteilten und nun mit dem Finger auf BP zeigen. Warum? Weil kein Diskurs innerhalb der Gesellschaft stattfand, der erst einmal klärte, was es bedeutet Öl als die Heilsenergie anzusehen, alle Vorteile zu nutzen, die Preise aber nicht zu akzeptieren und sich dann aufzuregen, wenn etwas Schlimmes passiert.

In Deutschland haben wir zwar noch keine Tiefseebohrungen, aber dafür die Atommeiler, für die das Gleiche gilt. Wer für den Schmutz, die ausbleibenden Touristen und die toten Tiere am Strand zuständig ist, ist für alle schnell klar. Der Ölförderer hat den Schaden zu ersetzen. Aber nur den vordergründigen Schaden und zwar mit Geld. Doch die Natur, die Weltmeere können mit Geldscheinen leider gar nichts, absolut nichts, anfangen. Die Langzeitschäden sind enorm, auch für Europa und Deutschland – nur will es keiner wissen, weil ja noch weit weg. Dass Wasser ein Gedächtnis hat – dazu kommen wir später.

Schlimmer stellt es sich dar, wenn Politiker bewusst Entscheidungen treffen und dann keine Verantwortung übernehmen. Die zum Zeitpunkt des Manifests immer noch amtierende Bundeskanzlerin war bereits Umweltministerin und zuständig für Entscheidungen rund um das Atomlager Asse II. Dort erleben wir ein ähnliches Schauspiel.

Nur muss Frau Merkel als ehemalige Umweltministerin nichts zahlen und für die eigenen Entscheidungen gerade stehen. Nein sie wurde Bundeskanzlerin und fiel die Treppe nach oben. Vielleicht meinte sie es gut mit der Gesellschaft, so wie die

Manager der Hypo Real Estate Bank oder die Manager der diversen Landesbanken in Deutschland es gut meinten mit dem Steuerzahler. Das Ergebnis ist auf jeden Fall vernichtend und zeigt, dass gemeingefährlich die Gesellschaft zum ausbluten verdammt ist, wenn sich nichts ändert.

Einen Plan für die Lösung bei eventuellen Problemen gab und gibt es in beiden Fällen nicht. Die komplette Infrastruktur ist mittlerweile von Oligarchen durchsetzt, die Banken machen weiter wie bisher und das mit Wissen und Willen der Politiker aller Parteien. Ob Energie (Öl, Gas, Atom), Wasser, Finanzmarkt oder Gemeinwesen. Es ist auf allen Feldern das Desaster zu sehen und zu erkennen, dass nicht das Volk und die Gesellschaft die Macht haben, sondern ein paar wenige Egoisten und Finanzspekulanten die Gesellschaft dominieren.

Besser ein Plan als kein Plan?

Sollte ein Komet oder Asteroid auf die Erde zurasen, wo wäre der PLAN A, geschweige denn der PLAN B? Schreien dann alle nach „der Politik“ und erinnern sich die Letzten der Menschheit dann daran, dass sie sich darum keinen Deut scherten? War es wichtiger in einem Auto mit 240 km Geschwindigkeit herum zurasen, die Privatsphäre der Bürger auszuspionieren, der Pharnalobby nach dem Mund zu reden, Gesetze von Dritten schreiben zu lassen, das eigene Ego zu befriedigen, den Kopf in den Sand zu stecken und immerwährend zu behaupten „man konnte ja nichts ändern“. Lief lieber dem schnöden Mammon nach, verseuchte die Gewässer, privatisierte Allgemeingut der Gesellschaft (Öffentlicher Nahverkehr, Bahn, Wasser, Post, Energie u.a.) um schnell einmal kurzfristig als toller Hecht zu erscheinen? Griff nicht ein, als der letzte Baum gerodet wurde, um noch schnell die Wohnzimmergarnitur in edlen Hölzern auszustatten. Die Vielfalt der Natur auf Teufel komm raus auf ein Minimum dezimierte, Flüsse, Seen und Meere leer fischte, weil es

schick war Schillerlocken von Haien zu essen, Walfleisch für Forschungszwecke zu verschwenden, die Gesellschaftsschichten gegeneinander und untereinander ausspielten, die Machtstrukturen aus niederen Instinkten zu sichern, auch wenn sich diese nur daraus ergaben, dass die Vorfahren bereits die Untertanen ausnutzten, wohlweislich der Kenntnis, dass Geld nur ein bedrucktes Papier ist. Oder wäre es nicht wichtiger gewesen, für den Tag X, einen Plan zu haben – weil die Gesellschaft und die Erde nur dann zu retten sind, wenn nicht mit Vollkaracho gegen die Mauer gefahren wird?

Das deutsche Beispiel „Untergang und Auflösung der DDR“ zeigt exemplarisch, wie desolat die Politik bei derartigen Themen aussieht. Trotz jahrzehntelangem Hinwirken auf die Auflösung dieses kommunistischen Staates gab es keinerlei Pläne. 40 Jahre versuchte die westliche Welt den Feind im Osten zu bezwingen, Billionen an Ausgaben, um die DDR und den Warschauer Pakt aufzulösen. Als der Tag X kam, waren alle nur verwundert, erstaunt und übergaben als Antwort 100 Deutsche Mark und Bananen den Brüdern und Schwestern im Osten. Das Ergebnis ist bekannt und dass dieses Ergebnis nicht im Sinne der Bürger (Ost und West) war, ist mittlerweile auch nicht mehr von der Hand zu weisen. Planspiele waren Fehlanzeige. Eine große Chance war vertan, um eine neue Gesellschaft zu bauen – trunken am eigenen Rausch des Sieges über ein verhasstes System, das bekanntlich die eigene Gesellschaft ebenso über den Tisch zog, wie es damals und heute die Mächtigen in der westlichen Hemisphäre tun.

Die großen Big Player sind nicht besser, schlauer oder vernünftiger als die aufstrebenden Kleinen. Doch sie verstehen es, ihre Macht auf alten Vereinbarungen mit den gleichen Mächtigen zu manifestieren und zu verteidigen, als wäre das Mittelalter mit den Vasallen und Lehnsherren weiter aktiv. Brot und Spiele waren schon im alten Rom ein Vehikel um das Volk zu beruhigen und ruhig zu stellen. Denn das Volk fühlte sich schon immer sicher

und als etwas Besseres, wenn es noch andere gab und gibt, denen es schlechter ging. Von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in der Gesellschaft, kein Wort.

Ein Phänomen dabei ist immer wieder, dass die Mächtigen eines Landes, wie eben auch in Deutschland, es trefflich gut verstehen, das Schichtensystem aufrecht zu erhalten und den Hartz IV Empfänger gegen den Niedriglohnarbeiter auszuspielen. Bis jetzt klappte dieses System. Doch Die PARTEI als extreme Mitte wird dagegen erfolgreich kämpfen.

Selbstbestimmung setzt Fairness voraus

Jede Sekunde verrecken Menschen wegen Krankheiten, gegen die es nachweisbar Lösungen gibt. Jede Minute verenden Menschen jämmerlich, wegen fehlendem sauberen Wasser, fehlender Nahrung oder falscher Ernährung, nur um des eigenen Nutzens der Besitzenden. Eine Sackgasse, deren Mauer durchbrochen werden kann. Weil sich das Blatt auch wieder ändern und dann das Gleiche umgekehrt passieren kann. Weil die Ressourcen auf der Erde nicht optimal auf alle verteilt sind, weil die Despoten und Oligarchen dieser Welt (auch in Deutschland und Europa) immer noch glauben, dass sie mit Geld alles kaufen können und erst eine Revolution ihnen der Garaus machen wird, was innerhalb der nächsten 20 Jahre auch passieren muss. Denn sie kaufen sich mit Almosen, mit Lug und Trug frei, um nur ja keine Lösung und eine Aufarbeitung der Ursachen finden zu müssen.

Nein, wir fördern reiche Bauern, Großgrundbesitzer, Großkonzerne, Banken, Discounter, Fastfood-Ketten und Hotelgiganten im eigenen Land, um diese zu mästen und andere von diesem Markt fern zu halten. Schlimmer noch. Wir unterstützen private Banken mit Geldern der Gesellschaft (Steuergelder), leihen uns bei diesen dann Geld, sofern wir es bekommen und glauben jedem Wort der Mächtigen, dass eine

Auslagerung in so genannte Bad Banks das Problem löst. Wir glauben, dass der Atommüll sich irgendwie verstecken lässt, dass sauberes Wasser eine Selbstverständlichkeit ist, dass CO² im Boden und in der Tiefsee der Meere sicher aufbewahrt werden kann (in der Nordsee werden seit 1996 Millionen Tonnen von Kohlendioxid bereits in den Gesteinsschichten am Meeresgrund hineingepumpt) und ein Ende ist nicht in Sicht.

Dabei wird vergessen oder einfach weiter verdrängt (die Regierungsvertreter mögen noch so schöne Fotos in der Antarktis schießen), dass die Umwelt auf uns zurückschlägt. Nicht nur dass es mehr Wirbelstürme geben wird, mehr Katastrophen. Auch soziale Unruhen werden unser tägliches Leben begleiten.

Das Wasser wird unsere Zukunft wesentlich bestimmen, weil ohne sauberes Wasser, wie ohne saubere Luft, kein Leben möglich ist. Zumindest für unsere so schöne herrliche zivilisierte Welt, (wir sind weltweit der drittgrößte Kriegsmaschinenlieferant, wir investieren Riesterrentenbeiträge in Streumunitionshersteller) wollen wir dem Wasser so gut wie keine Relevanz zuerkennen. Neueste wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Wasser eine beachtliche Merkfähigkeit hat und deshalb auch einmal ungenießbar werden kann. Kann nicht sein? Doch es ist so. Es ist nur noch nicht bekannt, warum das so ist. Dass es aber so ist, ist mittlerweile unbestritten.

Ebenso wird bei der CO²-Diskussion verdrängt, dass wir bereits auf einem riesigen Pulverfass sitzen: In so manchem See und in den Weltmeeren sind bereits seit Jahrtausenden Methangase in fester Form in Eis eingelagert, die durch eine globale Erwärmung freigesetzt werden. Woher die saubere Luft dann kommen soll bleibt ein Geheimnis der Regierungen und deren vermeintlichen Experten.

Doch nicht nur im Wasser tritt das große Zukunftsproblem auf. Vor allem in Russland, Kanada, Alaska und China sind riesige Bodenflächen permanent gefroren - die so genannten Permafrost-Böden. In ihnen sind ca. 25% des weltweiten Bodenkohlenstoffs und große Mengen Methan eingefroren. Wie auch im Falle eines Regenwaldsterbens werden große Mengen CO² in die Atmosphäre entlassen, welche die Klimaerwärmung zusätzlich beschleunigen und die Gesellschaft in allen Ländern in den Ruin treiben wird. Hauptsächlich unsere Automobilindustrie kann beste Exportzahlen vorweisen, was nichts anderes bedeutet, dass wir die Probleme weltweit exportieren. Doch Luft und Wasser treffen uns überall. Es gibt keine Begrenzung der Probleme, solange wir nicht den Willen zeigen, von unseren Erfahrungen Andere profitieren zu lassen, auf dass sie es anders machen. Da kaufen wir uns lieber in einen Kleinwagenhersteller ein, der dann als Anhängsel nicht mehr in Konkurrenz zu den Großraumlimousinen treten kann.

Deshalb: Ohne „saubere“ Luft und Wasser kann kein Ökosystem überleben und wir gehören dazu. Wir leben nicht auf dem Mars. „noch nicht“, wie anzumerken ist. Doch wir unternehmen scheinbar alles bzw. unsere gewählten Repräsentanten, um gegen die Mauer mit rasantem Tempo zu fahren.

Brauchen wir deshalb ganz schnell eine Mauer gegen die wir fahren können, um einen Neubeginn zu starten? Die PARTEI hat es sich zum Auftrag gemacht, die Mauer wieder aufzubauen. Ohne Schießbefehl, aber bestens geeignet, mit dem Kopf schnell und elegant dagegen zu fahren.

Vorher wird sich nämlich wenig tun, um einen Schritt vom Abgrund nach hinten zu setzen. Lieber sehen wir langweilige Comedysendungen im TV und dürfen uns an Frauentauschserien und täglichen Kochsendungen satt sehen, um dann weiter Junkfood zu essen, die vermeintlichen Freunde in facebook virtuell anzusprechen oder gleich im Bett zu bleiben und den Kopf

in den Sand zu stecken. Der Mensch vergisst schnell und verdrängt gerne. Es ist halt doch kuscheliger vor dem Fernseher und in der guten Wohnstube. Doch es hilft alles nichts.

Wir müssen jetzt sofort radikal umsteuern und das mit der gleichen Energie, wie wir es beim Konsum täglich betreiben. Konsum und Lebensqualität schließen sich nicht aus, aber beide sind nicht selbstverständlich – sie müssen hart erarbeitet werden, sofern man nicht zu der Schicht der Gesellschaft gehört, die glaubt, es gehört alles ihr und sie gibt hie und da etwas ab, um die Revolution zu verhindern. Gleichzeitig wird die Abhängigkeit weiter vorangetrieben, was sich darin manifestiert, dass Konzerne sich unter Beifall der Gesellschaft sich beispielsweise alles und jedes patentieren lassen, Ressourcen der Gesellschaft abkaufen, um dann diese Gesellschaft von ihnen abhängig zu machen. Monsanto lässt grüßen.

Wenn die Gesellschaft es so will – bitte schön. Doch wann wurde ein Diskurs in der Gesellschaft geführt, wann wurde die Gesellschaft überhaupt befragt und wann erteilte die Gesellschaft den Regierenden den Auftrag, aus Allgemeingut ein Privatgut zu machen? Die Regierenden geben Zuschüsse und Fördermittel um Produkte und Verfahren auf den Markt zu werfen, deren Allgemeingut nur zu Beginn Bestand hat – bei Erfolg ist dann keine Rede mehr, die Gesellschaft daran zu beteiligen – bei Misserfolg umso mehr. Das Steuersystem und der vermeintlich vorhandene gesellschaftliche Konsens machen es möglich. Natürliche Produkte oder die ganze Natur patentrechtlich schützen zu können ist perfide. Nicht nur der Mensch ist ein Teil des Kosmos – die Natur und deren Ressourcen zählen ebenso dazu und gehören uns allen. Denn die Gesellschaft hat mit früheren Generationen dafür gesorgt, dass diese Ressourcen überhaupt vorhanden sind.

Selbstbestimmung und Transparenz

Alles halb so schlimm – wir können uns entscheiden. Wenn wir uns entscheiden, den einen Weg zu gehen (nach mir die Sintflut), dann haben wir entschieden und so soll es dann auch sein. Wir können aber auch einen anderen Weg einschlagen und so soll es dann sein, wenn wir den Willen haben und uns aufraffen das kleine Glück auf der Erde leben zu dürfen, zu pflegen, anderen Chancen einzuräumen und uns von dem Almosenreflex abzuwenden.

Stellen wir unseren Scheffel nicht niedriger als er ist. Wir haben es beim Zeugungsakt schließlich geschafft, uns gegen Millionen anderer Samen (Nobelpreisträger, Genies, Schauspieler u.a.) durchzusetzen. Wir zählen zur Krönung, den Auserwählten, die die Welt positiv gestalten dürfen. Sie und ich dürfen selbstbestimmt leben, sofern man uns lässt. Sie und ich hätten ja auch ein egomanes Arschloch werden können. Die Natur kann sich also auch hie und da irren.

Wie gehen wir also das gesellschaftliche Problem an, dem reinen Egoismus sich entgegenzustemmen, den Auswüchsen eines gesunden Egoismus einen Riegel vorzuschieben, Fairness in der Gesellschaft zu erreichen, die Grundbedürfnisse nicht nur innerhalb Deutschlands und Europas zu sichern und niemanden weh zu tun, obwohl doch jede Seite negativ und positiv für den Einen und für den Anderen sein kann?

Selbstbestimmung innerhalb der Gesellschaft

Anhand des Beispiels „Raucherkeipe ja oder nein“ wird bereits das Selbstbestimmungsrecht aufgehoben und eine Mehrheit oder Minorität setzt sich über das Selbstbestimmungsrecht der Anderen hinweg. Wenn die Gesellschaft der Meinung ist (das Volksbegehren hatte Auswirkungen über die bairischen Grenzen

hinaus), dass Andere bestimmen wer wann wo hineingehen darf und wer nicht oder dieser auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten hat, dann ist es nur dann möglich wenn es keine Alternative gibt, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

„Das Recht auf Selbstbestimmung darf nur immer dann eingeschränkt werden, wenn es keine freie Wahl für das Individuum und die Gemeinschaft gibt“.

Ein Nichtraucher hat aber sehr wohl die Möglichkeit auf Selbstbestimmung, indem er seine eigene Kneipe eröffnet und dort ein Rauchverbot erteilt und dies am besten bereits am Eingang kundgibt. Ein Mörder hat zwar ebenfalls ein Recht auf Selbstbestimmung und somit auf den Mord. Sein Selbstbestimmungsrecht wirkt nur deshalb nicht, weil der Ermordete keine Möglichkeit hat, seine Selbstbestimmung, also das Leben, zu erleben. Anders verhält es sich sehr wohl, wenn ein Kranker sich selbstbestimmt dazu entschließt nicht mehr weiterleben zu wollen. Hier diktiert kein Anderer, welche Selbstbestimmung Vorrang hat. Er kann wählen mit einer Magensonde weiter ernährt zu werden oder eben nicht. Der Schutz eines Anderen gilt also immer dann, wenn er sich selbstbestimmt verwirklichen kann ohne die Selbstbestimmung eines anderen, „der keine andere Wahl hat“, zu verletzen.

Das bedeutet für die Gesellschaft, dass entweder die Mittel für die Selbstbestimmung bereit gestellt werden (Kindergarten wird gefördert – macht aber keine ordentliche Kindererziehung und Kinderbetreuung) oder ein weiterer Kindergarten von den Eltern selber eröffnet wird, (mit den gleichen finanziellen Rahmenbedingungen) so dass diese selbstbestimmt den Kindergarten in Eigenregie führen.

Wenn also religiöse Kindergartenplätze und staatliche Einrichtungen von der Gesellschaft Geldmittel erhalten so sind die

gleichen Mittel auch selbstgeführten Kindergärten zur Verfügung zu stellen und der Amtsschimmel hat hier die gleichen Spielregeln einzuhalten. Die Gesellschaft hat deshalb Ideen, Konzepte, Erfindungen Wissen und Forschungsarbeiten, also alles was geeignet ist profitabel für die Gesellschaft zu sein, zu unterstützen.

Dabei sollte die Gesellschaft einmal hinterfragen, ob ein Unternehmer immer erfolgreich sein muss, um an Unterstützung der Gesellschaft zu gelangen. Die bisherige Politik der Hilfsfonds unterstützt oft nur diejenigen, die bereits über Ressourcen verfügen obwohl deren Beitrag für die Gesellschaft mannigfach hinterfragt wird und für die Gesellschaft nichts positiv leistet.

Dass sich Zeiten ändern und die Anforderungen und Wünsche der Gemeinschaft einem permanenten Wandel unterliegen, darf nicht dazu führen, dass alte Muster aus Gefälligkeit und Bequemlichkeit bestehen bleiben. Jedes Produkt unterliegt einem Lebenszyklus. So waren die Streitwagen im alten Rom sicher der letzte Schrei und als Fortbewegungsmittel sehr gefragt. Sie konnten allerdings nicht aufrechterhalten werden, da andere die Motorisierung einführten und die Pferdekutsche als Auslaufmodell deklarierten.

Ebenso verhält es sich mit der Gesellschaft, die sich immer noch darin sieht, den Aufbau eines Landes nach einem verlorenen Weltkrieg voranzubringen. Doch diese Pferdedroschke ist überholt und so sind neue Regelungen zu finden die das Selbstbestimmungsrecht wieder nach vorne bringen. Selbstbestimmung war durch den Krieg verloren und Andere (die Siegermächte) bestimmten darüber, was, wie, wo, wann getan und was unterlassen werden musste.

Dieses Manifest stellt nicht die Regeln einer Gesellschaft in Frage. Regeln muss es geben wie in einer Beziehung.

Wer allerdings heiratet, unterwirft sich den dafür von der Gesellschaft vorgegeben Regeln und mag es auch nur der damit verbundene Steuervorteil sein. Sich darüber aufzuregen, dass eine Scheidung viel Geld kostet ist müßig – die Regel war von vornherein bekannt. Warum also heiraten – eine Party wird durch einen Trauschein nicht besser. Die Gesellschaft hat ja mittlerweile begriffen und akzeptiert, dass Homoeen den gleichen Status haben sollten, auch wenn es dabei noch Nachholbedarf (z.B. beim Rentenrecht) gibt. Mit dem Bürgergeld wird dieser Anachronismus allerdings aufgehoben, weil es dann keine Sonderbehandlung mehr gibt, außer er würde auch für feste Partnerschaften ohne Trauschein gelten. Leichter ist es deshalb, dass beide Teile ihr Bürgergeld auch im Alter erhalten – und rein zivilrechtlich eine individuelle Vereinbarung getroffen werden kann, wie man das Gesamtpaket verteilt. 50:50 aber ohne Einbeziehung der Gesellschaft weil jemand in eine Rentenkasse etwas einbezahlt hat und der andere Teil der Partnerschaft eben nicht.

Metaregeln für die Gesellschaft

Die PARTEI ist für Metaregeln und so erscheint es auch interessant, dass ein Teil der Gesellschaft den Versuch unternimmt, nur noch nach den 10 Geboten zu leben und alles andere hinter sich zu lassen. Weil die Regeln der Anderen mittlerweile nicht mehr verstanden werden.

So gehören auch Regeln zur Bildung und die Erkenntnis, dass es Sanktionsmöglichkeiten geben muss, wenn Regelverstöße vorliegen, dass es aber auch für die Gestaltung der Regeln wiederum Regeln geben muss. Die Metaregeln verhindern also, dass Minderheiten von Mehrheiten ausgebeutet werden und deshalb geschützt werden müssen. So gehört zur Bildung nicht nur der Wissenstransfer sondern auch die Bildung bestimmter Charaktere wie Fleiß, Höflichkeit, Achtung vor dem Nächsten, Mitleid und Hilfsbereitschaft und die Einsicht und Fähigkeit Lust

zu erleben, zu genießen und zu schenken. Eine Bank darf vieles, solange sie von der Gesellschaft nichts will. So soll es auch beim Individuum in der Gesellschaft sein.

Wer die Gesellschaft allerdings für sich einbindet und deren Regeln versteht, hat sich diesen Regeln auch zu unterwerfen. Ein Thema dabei ist und bleibt für Alle, dass die Regeln verstanden werden, transparent und jedermann zugänglich sind. Eine Gesellschaft, die einen Sprachtest verlangt, sollte also überlegen, ob es nicht auch einen Eignungstest für das Regelwerk der Politiker und deren Gesetze geben sollte. Regeln die keiner versteht, sind zu löschen.

Das Bürgergeld für Jeden ist deshalb eine einfache Sache und benötigt so gut wie keine Verwaltung, weil klar und für alle gleich. So verwaltungsfrei das Bürgergeld ist und damit die Verwaltung in den Hintergrund rückt, so wichtig ist es, die Gesetze zu vereinfachen.

Begrenzung der Gesetzesflut

Ein neues Gesetz sollte grundsätzlich immer für einen begrenzten Zeitraum gelten. Dann muss es auf den Prüfstand und entweder gestrichen oder neu verabschiedet werden. Darüber hinaus soll von zehn bereits bestehenden Gesetzen immer eines gestrichen werden. Von jeder zehnten Verwaltungsanordnung soll ebenfalls eine gestrichen werden. Es mag kurios klingen und auch etwas unkonventionell. Doch es wird erfolgreich sein und der Gesellschaft Luft zum Atmen geben. Die Verwaltungsspezialisten bekommen die Freiheit, jeweils ein Gesetz/Verordnung auszuwählen und das mit einer Terminsetzung. Wenn der Termin nicht eingehalten wird, kommt das Los zum Zuge. Wie ? Was? Da könnten ja auch ganz wichtige Gesetze betroffen sein. Richtig: Wir können in einem weiteren Verfahren dann ein solches Gesetz (10 Jahre) ja wieder etablieren. Wir hatten nach dem Weltkrieg II.

auch keine Gesetze und Verordnungen in bisherigem Ausmaß und die Gesellschaft hat trotzdem funktioniert.

Wir haben die PLZ-Änderung durchgestanden, auch wenn niemand – außer der Bundespost - dafür war. Wir haben den elektronischen Ausweis akzeptiert – wir werden neue Bankkontennummern hinnehmen und noch so manches windige Ei. Warum also nicht einmal hinterfragen, was die Gesellschaft wirklich will.

Ergo: Die Gesetzesflut und somit jede Gesetzesänderung hat bei zunehmender Gesetzesdichte wegen der komplexen Verflechtungen und rapiden permanenten Veränderungen gestaltbare und hinzunehmende Einflüsse auf Wirtschaft, Kultur, Innen- und Außenpolitik, Auswirkungen auf andere Gesetze, die mitunter bei der Formulierung der Gesetze gar nicht evident waren oder die bewusst ausgeklammert wurden, weil im Augenblick gerade andere Prioritäten bestanden. Weil die Gesetzesmacher schlicht dumm oder zu faul sind, weil sie schludern oder auch um die wahren Ziele zu verheimlichen. Gäbe es das Bundesverfassungsgericht nicht, wir hätten noch viel mehr schludrige Gesetze in unserer Gesellschaft zu verantworten und die Selbstbestimmung wäre noch mehr eingeschränkt

Die grundlegende Lösung lautet Transparenz

Vorteil einer gnadenlosen Transparenz auf allen Gebieten lautet: Jeder weiß alles über den Anderen und umgekehrt. Ist die Gesellschaft also der Meinung, dass die Beratung eines Politikers durch einen Lobbyisten nicht rechtens ist, dies einen fahlen Beigeschmack hat oder gar eine Korruption darstellt, so kann die Gesellschaft selbstbestimmt entscheiden, ob sie bei Güteabwägung dafür oder dagegen ist.

Weiß diese Gesellschaft allerdings nichts oder fast nichts über ein Beziehungsgeflecht, (siehe TTIP) nichts über die möglichen Auswirkungen, das Pro und Kontra und überlässt sie selbsternannten Experten das Feld ohne zu wissen wer mit wem zusammenarbeitet und wer wen bezahlt, so kann nur vermutet werden und eine Aussage ist nicht nur subjektiv, sondern fällt so oder so aus, weil ein Anderer egoistischen Trieben folgend, mehr zahlte.

Wie kann es sein, dass Kranke erst ihre Krankheit durch Experten nachweisen müssen, um dann von einem anderen Experten als Lügner hingestellt zu werden, nur weil der Experte sich entsprechend bezahlen lässt und entsprechende Vorgaben hat, einen bestimmten Prozentsatz für eine Unterstützung einfach abzulehnen. Das Gesundheitssystem der USA spricht Bände. Doch deren System hat auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland bereits Einzug gefunden und so werden Prozesse zwischen Kranken und Versicherungen über Jahre geführt, die zu Beginn so angelegt sind, dass der Kranke hoffentlich noch vor Urteilsverkündung verstirbt. Sollte die Gesellschaft zum eigenen Selbstschutz nicht besser die Richter ausbilden und mehr von Ihnen einsetzen? Mit unabhängigen Experten, die für keinen Privatkonzern tätig sein dürfen?

Irren ist menschlich – Irreführung ist Benachteiligung

Wir müssen wegkommen von der Vermutung. Wir müssen hinterfragen und diskutieren. Aus diesem Grund sind zu aller erst die Medien, die freie Presse zu schützen, zu fördern und deren Netzwerk öffentlich zu machen. Denn dass der Einzelne in der Gesellschaft nicht 24 Stunden alles und jeden beobachten und dann hinterfragen kann, ist nur verständlich.

Wer aber soll es dann tun, wenn nicht die freie Presse. Sie kann es beweisen oder zumindest auf Umstände hinweisen die dann einen

Diskurs in der Gesellschaft bewirken. Wenn die Mächtigen allerdings immerfort damit durchkommen, dass Tatsachen verschwiegen werden können indem das Informationsfreiheitsgesetz ausgehebelt wird, dieses Schweigen keinerlei Auswirkungen hat und mit Werbeentzug eine Recherche gar eingestellt wird, dann stinkt das System abermals zum Himmel.

Überlegungen zur Transparenz in den Medien

Aus diesem Grund sind selbst die Mitarbeiter der Presse transparent darzustellen: Wer ist Mitglied einer Partei – wer arbeitet zusätzlich in einer PR Agentur und welcher Verlag gehört einer Partei oder einem Verband. Erst dann wird für die Gesellschaft klar, warum ein Autor ein Thema in der einen oder anderen Form abhandelt oder warum er sich des Themas annimmt.

Lösung: Jeder Beitrag wird mit einem Link oder einer Teletextseite verknüpft, die darüber Auskunft gibt. Mit Ehrlichkeit zu sich selbst und Offenheit gegenüber Anderen seine Meinung zu zeigen (jeder Journalist hat eine Meinung) der man folgen kann oder auch nicht und das Ganze ohne Andere herabzusetzen, das ist der Auftrag der Gesellschaft an die Medien.

Selbst so genannte „Gurus“ haben doch immer nur dann Erfolg, wenn sie das, was sie predigen und publizieren, auch selber leben. Da es Menschen und keine Götter oder ein Gott sind, sind sie fehlbar und das kann eine Gesellschaft tolerieren, so lange sie der Meinung ist, es tolerieren zu können, weil alles transparent ist.

Transparenz und die Netzwerke der Macht

Mit Transparenz ist jedes Netzwerk willkommen und jeder kann versuchen das Netzwerk für sich zu nutzen. Ein Netzwerk an Verschleierung ist dabei auszuschließen. Ist die Gesellschaft naiv genug, um nicht zu erkennen, dass Netzwerke die alten Strukturen der Mächtigen derzeit nur sichern und damit der Rest der Gesellschaft außen vor bleibt?

Mögen virtuelle Netzwerke wie Xing, facebook, Lokalisten, Google+ und andere die Möglichkeiten eines Netzwerks mit Benefiz offerieren. Die normalen Nutzer werden es nicht schaffen.

Die Machtnetzwerke ergeben sich aus den Positionen der jeweiligen Personen und nicht nur durch die bloße Vernetzung. Diese sichern ihre Macht so ab, dass kein Fremder darin Einzug findet. Dass in diesem Netzwerk der Macht die Politiker wieder dabei sind, weil sie das Geld der Gesellschaft verwalten oder die Rahmenbedingungen schaffen um dieses Netzwerk an der Macht zu halten, dürfte klar sein.

Es spricht grundsätzlich rein gar nichts gegen diese Netzwerke, auch Die PARTEI ist ein Netzwerk von Gleichgesinnten, die gleiche oder ähnliche Bedürfnisse, Wünsche und Visionen haben und diese verwirklichen wollen, unter dem Motto „gemeinsam sind wir stark“. Cliques sind ähnlich strukturiert, weil Freundschaften dazu da sind sich auszutauschen und sich gegenseitig zu stützen oder sich zu helfen. Dabei ist alles weitgehend transparent, auch wenn innerhalb dieser Netzwerke der Egoismus manchmal durchschlägt und ein Teil der Versuchung unterliegt, innerhalb eines Netzwerkes ein weiteres Netzwerk zu etablieren, weil sich eben Meinungen ändern und noch vor Tagen gepflegte Freundschaften sich ändern können. Im privaten Bereich steht die Transparenz aber im Vordergrund und so teilt ein Freund dem anderen eben bei wahrer Freundschaft mit,

dass etwas nicht passt oder die vorherrschende Meinung nicht alle Meinungen widerspiegelt. Die Transparenz zeigt sich hier auch darin, dass nach außen gezeigt wird wer mit wem befreundet ist.

Bei den Machtstrukturen und Netzwerken der Macht weiß allerdings niemand außerhalb des Netzwerks, wer mit wem zusammenarbeitet, wer welche Position besitzt. Weiter auch nicht schlimm, soweit es keinen direkten Einfluss auf die Gesellschaft oder das Geld der Gesellschaft hat.

Machtnetzwerke zeigen allerdings, dass es nur um Geld geht und man sich nur deshalb vernetzt, um Dritte wieder einmal im Unklaren zu lassen und deren Geld für eigene Zwecke abzugreifen.

Will die Gesellschaft das? Will die Gesellschaft diese Netzwerke der Macht und will sie sich wegen fehlender oder verschleierter Informationen weiter über den Tisch ziehen lassen? Nein?

Dann hat die Gesellschaft diesen Netzwerken klar zu machen, dass es nur dann eine gesellschaftliche Unterstützung im Einzelfall gibt, wenn die Gesellschaft auch weiß, wer mit wem und warum wer mit wem vernetzt ist. Die Offenlegung der Netzwerkstrukturen ist dabei ein unbedingtes Muss, um zu erfahren, ob es Sinn hat ein Mitglied dieser Netzwerke zu unterstützen.

Wer keinerlei Offenlegung will, braucht dann auch auf die Gesellschaft nicht setzen und von ihr Geld verlangen. Dann ist es reines Privatvergnügen und das darf auch privat bleiben. So geht es allerdings nicht, dass die Gesellschaft beispielsweise einer Bank hilft, in der ein Manager sitzt, der gleichzeitig in einem anderen Unternehmen sitzt und dort die Fäden zieht.

Beispiel: Middlehoff der Manager von Karstadt oder besser gesagt Arcandor als Gesamtwerk des Quelle-Karstadt-Firmenkonglomerates, der gleichzeitig in einem Immobilienunternehmen involviert ist und darüber Geschäfte macht. Solange nur Privat – für die Gesellschaft dieses Landes kein Problem. Muss die Gesellschaft allerdings bei Konkurs unterstützend eingreifen, ist dieser Vorgang nicht tolerierbar.

Nur mit Transparenz sind derartige Auswüchse Jedermann bekannt. Wenn die Gesellschaft es trotzdem prickelnd findet, dass es O.K. ist, dann ist es auch kein Problem. Schließlich gilt das Transparenzgesetz (ja, ein geplantes neues Gesetz und eine Grundforderung von Die PARTEI – aber wir haben dafür Platz, weil wir ja jedes zehnte Gesetz abschaffen. Somit ist dieses neue Gesetz leicht verdaulich).

Wer zahlt, schafft an. Und so hat jeder Bürger das Recht zu erfahren, wohin sein Geld geht. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bezahlen Steuerbürger, also die Gesellschaft und nicht der Staat als Dritte Person. Der Steuerbürger soll deshalb Listen einsehen können, die ihm zeigen, ob der Nachbar von der Stütze lebt. Auch die Liste der Staatspensionäre und vorzeitig in den Ruhestand geschickten Beamten und Angestellten und auch die noch Tätigen und Untätigen gehören pro Kommune publiziert.

Wer viel für die Gesellschaft leistet, gehört also veröffentlicht aber auch die Nehmer sind zu nennen. Der nicht zu unterschätzende Neidfaktor kann so ganz schnell durchbrochen werden. Wenn jeder von jedem weiß, wie er für das Gemeinwohl seinen Beitrag leistet, ist die Debatte der vermeintlichen Bevorzugung auszuschließen. Gerade Politiker wehren sich derzeit noch und auch Verbände, ihren Beitrag offen zu legen obwohl es keinen Grund gibt, dies nicht zu machen.

Ist es beispielsweise sinnvoll dem ADAC mit seinen Millionen Mitgliedern den größten Teil aus Benefizveranstaltungen zukommen zu lassen, so dass dann eine noch qualitativ höhere

Mitgliederzeitschrift gedruckt werden kann oder ist es nicht viel sinnvoller es Organisationen zu geben, die den Menschen wirklich helfen? Wenn ein Nachbar vom anderen weiß, dass dieser in der Patsche sitzt, kann schnell etwas getan und geholfen werden. Solange alle in der Anonymität sitzen und dann aus den Medien erfahren, dass ein Kind verhungert ist, ein Hartz IV Empfänger als Messi endet, sie als Nachbar aber mit einem kleinen Auftrag ihm das Leben wieder lebenswert machen können, sollte, bevor gegen die Transparenz geschimpft wird, überlegt werden, warum man nichts preisgeben will.

Wertigkeiten innerhalb der Gesellschaft ohne Transparenz

Bisher scheint es so zu sein, dass das Hab und Gut in unserer Gesellschaft höher eingestuft wird, als das Leben und die Lebensqualität, so wie Beweiskraft vor Gericht nicht bei der Anklage sondern beim Beklagten liegt. Eine Verschiebung der Machtverhältnisse, die nicht hinnehmbar ist.

„Die Kleinen hängt man – die Großen lässt man laufen“. So hat in fast jedem Prozess der Ankläger den Beweis anzutreten (Unschuldsvermutung). In der Praxis sieht es allerdings so aus, dass es umgekehrt ist und der Betroffene den Beweis seiner Unschuld beweisen muss.

Beispiel 1: Wenn der Nachbar behauptet, sie schlagen ihre Frau und Kinder sind Sie in der Pflicht das Gegenteil nachzuweisen. Ansonsten kann es passieren, dass sie plötzlich ohne Kinder und Familie dastehen. Beispiele gibt es in der einschlägigen Presse genügend. So ist der Fall bestimmt bei dem einen oder andere Leser noch in Erinnerung, dass mehrere Familien des Kindesmissbrauchs beschuldigt wurden, weil eine Sozialarbeiterin die Behauptung aufstellte, dass dem so wäre und die Kinder so befragt wurden, dass daraus ein Kindesmissbrauch konstruiert werden konnte. Da davon nichts stimmte war es den betroffenen

Familien nicht möglich das Gegenteil zu beweisen, weil es nichts zu beweisen gab. Das Ganze war einfach eine Unterstellung. Nur die Beweisumkehr war Realität.

Beispiel 2: Ein in der Finanzkrise von der Bank falsch Beratener muss dem Anbieter oder seiner Bank nachweisen, dass der Schaden nicht durch ihn und seine Geldgier entstand. Doch wie soll er es beweisen, wenn er an die Daten und Unterlagen nicht herankommt, weil die öffentliche Landesbank aus Datenschutzgründen keinerlei Mitwirkung darin sieht. Die Bafin (Bankenaufsicht) sich überfordert sieht, die Unterlagen auszuhändigen und den Betroffenen allein lässt. Weil eine Krähe der anderen keine Auge aussticht?

Beispiel 3: Sie haben am Vortag etwas getrunken oder eine andere „verbotene Substanz“ zu sich genommen und bei einer Kontrolle, trotz Unauffälligkeit, wird auf Nachfrage im Computer ein Eintrag festgestellt, so dass der Betroffene nun beweisen muss, dass die Vermutung bei einer Vermutung bleibt und nicht als Beweis geführt werden kann. Eine Auslegung, die sie gutes Geld kostet. Als Radfahrer denken Sie, dass sie sicher sind und doch kann der gute Vorsatz, das Auto zum und vom nächsten Biergarten stehen zu lassen, in einem Desaster enden. 1,6 Promille auf dem Rad bedeuten in dieser Gesellschaft den Führerscheinentzug oder den Besuch des Psychologischen Dienstes. Wer angeheitert die Straße überquert, ist nicht sicherer vor der Staatsmacht.

Sie sagen: Das alles transparent zu machen wäre schädlich für den Einzelnen? Die Transparenz gilt schließlich für Alle, wenn sie den öffentlichen Raum betreten und innerhalb diesem agieren und teilnehmen. Das Problem liegt darin, dass derzeit mit unterschiedlichen Maßstäben gearbeitet wird. Der Kleine Mann auf der Straße hat die Hosen herunter zu lassen. Sobald er am Gemeinwesen teilnimmt oder von der Gesellschaft Schutz

benötigt, will die Gesellschaft alles über ihn wissen. Hartz IV Empfänger, Kindergeldempfänger wissen wovon hier die Rede ist. Dass Sexualstraftäter hingegen nicht öffentlich geoutet werden dürfen, um die Gesellschaft vor ihnen zu schützen oder diese nicht unbedingt in einer Siedlung mit hohem Kinderanteil unterzubringen, ist normal. Den Kiffer hingegen können selbst Straßenpolizisten sofort an die Wand stellen und seine Kleidung durchsuchen, obwohl dieser weder auffällig wurde, noch etwas gegen die Gemeinschaft getan hat, ist für den Zustand der Gesellschaft bezeichnend.

Dass Parteien Schwarzgelder anlegen können und dies wie im Beispiel Kohl noch nicht einmal zu einer Anklage kommt, Preisabsprachen und Korruption tagtäglich in der Politik stattfinden, Koks auf den Toiletten bei Politikern zu finden ist und Politiker als Rechtsanwalt für Mandanten tätig sind, die von der Gesellschaft fortwährend Gelder beziehen und Gesetze dann entstehen, die im Sinne dieser Mandanten formuliert wurden und die Gesellschaft davon auch nur im Ansatz nichts davon weiß, ist momentan in unserer Gesellschaft als normal anzusehen.

Dass geringste Steuersätze für Konzerne und Erben gelten, Wiesnwertfestzeltbetreiber als Oktoberfestoligarchen die Konkurrenz vom Geschehen abhalten (etwas Bayern muss sein), Bad Banks so tun, als würde es sie nicht geben und Lobbyisten für Politiker Gesetze schreiben, darf von der Gesellschaft, sofern sie einen Gerechtigkeitssinn für das Allgemeinwohl unter Einbeziehung des Einzelnen ihr eigen nennt, nicht toleriert werden.

Ich habe zu Beginn dieses Manifestes ein paar Themen angerissen und viele Themen nicht behandelt. Es gibt allerdings grundsätzliche Themen für die Gesellschaft, die den Weg in eine selbstbestimmte und glückliche Zukunft sichern, sofern sie wahrhaft angegangen werden. Wenn wir es nur wollen. Wenn wir

zur Ansicht gelangen, dass wir nur ein Leben haben, dieses Leben lebenswert sein soll und die Zufriedenheit in diesem kurzen Leben nicht nur mit Geld erhältlich ist, dann ist eine Umkehr oder eine andere Wegbeschreibung notwendig und möglich. „Es bringt doch alles nichts“ – „von Visionen kann niemand leben“. Aussagen, die immer wieder anzutreffen sind und die sich in der immer geringer werdenden Wahlbeteiligung widerspiegeln.

Die Weisheit der Indianerkultur „Wenn der letzte Fisch gegessen, der letzte Baum gerodet, werdet ihr erkennen, dass man Geld nicht essen kann“ hat mehr denn je ihre Gültigkeit.

Überlegungen und Vorschläge für eine selbstbestimmte, glückliche Zukunft unter Beachtung von sechs Prämissen:

- Jeder Mensch hat das Recht auf Leben**
- Jeder Mensch hat das Recht auf Gesellschaft**
- Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung**
- Jeder Mensch hat das Recht auf Ressourcen**
- Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit**
- Jeder Mensch hat das Recht auf Information**

Aus diesen Axiomen, die Rechte des Menschen sind, ergeben sich die Imperative, die Pflichten sind. Ohne die Pflichten könnten nicht alle Menschen ihre Rechte in Anspruch nehmen. Dazu zählen und bedingen einander:

Eigenverantwortung: Jedermann muss für sich und die Seinen durch eigene, „wertschöpfende Arbeit“ sorgen, wenn er Teil der Gemeinschaft sein will

Nachhaltigkeit: Jeder muss so wirtschaften, dass keine oder möglichst wenig Ressourcen verbraucht werden

Ressourcenausgleich: Jeder muss an die Gemeinschaft also die Gesellschaft für den Gebrauch von Ressourcen einen angemessenen Ausgleich und für den Verbrauch dieser Ressourcen auf eigene Kosten Ersatz schaffen

Selbstbeschränkung: Jeder muss sich im Wachstum seines Wohlstandes und seiner Macht dann beschränken, wenn seine eigene und die Existenz der seinen nachhaltig gesichert ist

Nächstenhilfe: Jeder muss seinen Überfluss mit den Hungernden, Armen und Kranken teilen und ihnen helfen, für sich selbst sorgen zu können

Mit Jedermann sind all jene Menschen und Bürger gemeint, die arbeiten können. Dazu zählen Erwachsene, die sich fortpflanzen können bzw. Geschlechtsreif sind. Dieses natürliche Kriterium ist das einzig nachweisbare und nachprüfbare Verfahren um als Erwachsene zu gelten. Alle anderen Grenzziehungen 16,18,21 sind willkürlich und nicht rational begründbar. Ab der Geschlechtsreife (diese kann unterschiedlich sein) sollen diese also arbeiten „dürfen“.

Arbeit beginnt dabei mit der Ausbildung, also dem Erwerb von Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine kommerzielle Berufsausübung. Mit der Weiterbildung setzt sich heute das ganze Leben fort. Ausdrücklich nicht dazu gehört die gemeinhin als Kinderarbeit zu verstehende Tätigkeit. Altersarbeit darf aber sehr wohl dazu gehören, weil die Kasernierung in einem Altersheim nicht für jedermann passend ist.

Für jemand sorgen heißt, für jemanden Lebensunterhalt zu sorgen und diesen sicherzustellen, also ganz elementar für essen, trinken, kleiden und wohnen zu sorgen. Für uns mag das platt klingen, in Ländern in denen es nachweisbar Armut und Hunger gibt ist es

essentiell. Wir wohnen schließlich auf dem Planeten Erde und da wohnen wir schließlich alle. Warum also abschotten, um nur ja nicht zu helfen und zu glauben, alles bliebe beim Alten. Ganz so als könne uns nicht auch einmal im Umkehrschluss es treffen, um dann von einem Anderen versorgt zu werden. Dabei darf das Ego ruhig bestehen bleiben, weil nur dann jemand versorgt werden kann, wenn es dem Versorger gut geht und er nicht selbst versorgt werden muss.

Überlegungen zur Wertschöpfung für Unternehmen und die Gesellschaft

Wertschöpfung heißt, profitabel zu sein. Ein Ergebnis also unter den Bedingungen des Wettbewerbs und somit unter Risikobedingungen entsteht, mit den Möglichkeiten des Erfolges oder des Scheiterns. Wenn der Ertrag größer ist als der Aufwand, wenn das Produkt die Nachhaltigkeit der Ökonomie nicht gefährdet, besser noch fördert und last but not least: der Gebrauch und Verbrauch des Produktes für den Käufer „freiwillig“ ist.

Beispiel 1: Die Ausgabe von Führerscheinen, die von der Gesellschaft dem Einzelnen nur auf Probe ausgehändigt wird (sonst könnte der Ausweis auch nicht eingezogen werden), sollte soviel kosten, wie die tatsächlich anfallenden Kosten. Die Führerscheinstelle soll also als Unternehmen geführt werden und soll ihre Preise kalkulieren können. Die Preise sind allerdings transparent zu halten, so dass der zukünftige Autofahrer die Preise vergleichen kann und den Führerschein dort kauft, wo er am günstigsten ist.

Beispiel 2: Im Gesundheitswesen werden irrationale Zwangsbeiträge erhoben und der unkontrollierte Zugriff darauf institutionalisiert. Diese irrationalen Krankenkassenbeiträge sind derzeit von der Einkommenshöhe abhängig. Mit der gleichen

Logik könnte man die Beitragssätze auch nach der Körbchengröße der jeweiligen Gesundheitsministerin koppeln.

Deshalb muss jedem Patienten eine Rechnung übergeben werden die keinerlei Codierungen enthält, also nachprüfbar ist und Auswüchse wie der Punkt „telefonische Beratung“ nicht automatisch akzeptiert wird, wenn gar keine telefonische Beratung durchgeführt wurde. Selbst in den privaten Krankenversicherungen wird dieser Faktor einfach toleriert. Bei einem Handwerker würden sie diesen Posten sofort streichen, weil die Leistung dafür überhaupt nicht erbracht wurde. Warum also im Gesundheitswesen?

Die Beitragshöhe könnte in Zukunft nach dem Verbrauch erfolgen, so wie es bei Wasser und Strom üblich ist. Wir würden sehen, dass sich das Gesundheitswesen und dessen Auswüchse sehr schnell dort hinbewegen, wo es hingehört. Nämlich zu den wirklich Kranken und es hat ein Belohnungssystem, weil es auch zu Rückzahlungen kommt.

Die Selbstbestimmung und die Aufnahme in die Gesellschaft bedeuten deshalb Rechte und Pflichten. In der heutigen Gesellschaft wird nur noch von Rechten gesprochen und die Pflichten bleiben, wie bei den Bankenmanagern und Politikern zu sehen, auf der Strecke.

Überlegungen zu Sanktionen

Wiedergutmachung: Jedermann hat das Recht auf Wiedergutmachung gegenüber solchen Individuen und Unternehmen, die gegen diese Regeln verstoßen.

Dabei muss zukünftig die Wertigkeit auf das Leben und nicht auf Besitz liegen. Heutzutage ist das Leben in Deutschland herzlich wenig wert. Viel weniger als beispielsweise in den USA. Sind

deren Einwohner intelligenter, schlauer, wertvoller? Es werden zwar immer schön die Leiden in den Medien präsentiert. Nur folgt danach selten eine Einordnung, die relativ zum Geschehen steht. So hat es wenig Sinn einen Verkehrsständer, der besoffen einen anderen niedergestreckt hat, mit Gefängnis zu bestrafen. Es muss so sein, dass die Familie des Niedergefahrenen von diesem Individuum gefördert und unterstützt werden muss und das für mindestens 20 Jahre. Weil ja auch der Getötete lebenslang der Familie nicht mehr zur Verfügung steht. Das Tempolimit und Tempozonen werden sich bei dieser Einstellung schnell durchsetzen. Solange aber geglaubt wird, dass Geld und Gefängnis heilen können, sind nur immer die bevorzugt, die über die entsprechenden Mittel verfügen und sich so von der Verantwortung freikaufen können.

Die jeweiligen Ahndungen sind von der Gesellschaft festzulegen. Es geht nicht an, dass ein Bierkrug auf dem Kopf eines anderen landet und dieser sich durch etwas Sozialarbeit davonstellen kann, der Betroffene aber zeitlebens behindert bleibt.

Ebenso wenig geht es an, dass Gesellschaften es tolerieren, dass schwerer Betrug anders behandelt wird, wenn er individuell erfolgt und wenn es im anderen Fall die Gesellschaft betrifft, dann so gut wie keine Sanktionen folgen. Die Beispiele der Parteispenden, Bankenkrise, Steuerflucht etc. zeigen exemplarisch, wohin das führt.

Arbeitsgerichte müssten sich dann beispielsweise nicht mehr fragen lassen, warum es rechtens ist, wenn ein Unternehmer einen Mitarbeiter, der einen Mundraub begeht, sofort gnadenlos entlassen werden darf und Bankenmanager sich bei der Gesellschaft davonstellen können und Millionenabfindungen erhalten, die die Gesellschaft zu guter letzt bezahlt.

Ächtung:

Es erstaunt schon sehr, dass die Gesellschaft damit einverstanden ist, dass Herr Müller von Müllermilch sich im Ausland seine Gewinne zahlen lässt, Michael Schumacher in Monaco sich verlustiert und wir die Gesellschaft das bezahlen und diese Elite sich auch noch feiert, als besonders erfolgreich zu gelten, obwohl diese doch alles unternehmen, um das Geld in Deutschland zu verdienen aber keinerlei Beitrag dazu leisten zu wollen. Die Besteuerung wird sich deshalb anders zusammensetzen müssen.

Gesetze auf dem Prüfstand

Gesetze müssen immer wieder auf den Prüfstand. Denn bis dato glauben die Regierenden, dass ihr tun sich daraus rechtfertigt, dass möglichst viele Gesetze und Verordnungen erlassen werden. Das ist ein Irrtum. Denn mehr Gesetze bringen nicht mehr Wahrheit und bringen auch nicht mehr Gerechtigkeit. Sie bringen nur mehr Unübersichtlichkeit.

Die PARTEI ist dafür, dass jedes Gesetz und jede Verordnung nur 10 Jahre gilt und danach überprüft und neu beschlossen werden muss.

Sie müssten mal sehen, wie wenige Gesetze plötzlich unser Zusammenleben ordnen. Die Gesetzgeber oder die Repräsentanten der Gesellschaft müssten sich auf das Wichtige konzentrieren, schon aus Zeitgründen. So aber bleibt, wenn die Gesellschaft es wünscht, alles beim Alten und die Gesetzesflut, die niemand mehr versteht und nachvollziehen kann bleibt bestehen. Zum Vorteil von Anwälten, Steuerberatern, Experten und wer noch so sein Scherflein dadurch ins Trockene bringt. Verwaltungsakte würden ebenso zurückgedrängt werden und reine Amtstubenwillkür würde nicht mehr stattfinden. Weil nicht permanent neue Schilder, Erlasse, und Gängelungen möglich wären. Von den vielen Mitarbeitern in den Amtsstuben würden nur noch die übrig bleiben, die für die Gesellschaft sinnvolles bewirken. Alle anderen müssten sich in die Gesellschaft so einfügen, wie es die überwiegende Mehrheit bereits macht.

Damit dann aber auch keiner mehr sagen kann, das wusste ich nicht, ist von jedem Gesetz eine Kopie unaufgefordert an die Bürger der Gesellschaft zu senden. (Ein Verwaltungsakt, der aber für die Bürger und nicht für die Verwaltung ist.) So hat der Vorwurf „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht“ dann seinen Sinn.

Sinnlos ist es allerdings, wenn niemand weiß, was Recht und Gesetz ist, was aktuell gültig und was nicht mehr gültig ist.

Überlegungen zu einer Nullbürokratie

Bürokratie bedeutet das Gegenteil von einer effizienten Verwaltung, nämlich Vernichtung von Steuergeldern der Bürger in einer Gesellschaft, sofern es sich um öffentlich-rechtliche Bürokratie handelt.

Nullbürokratie bedeutet also, dass die Öffentlichen Verwaltung, Verbände und Gewerkschaften genau den gleichen Gesetzen und Regeln unterliegen sollen, wie die Unternehmen in der so genannten „freien Wirtschaft“, also Bilanzierung und Aufstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen von Ämtern, Behörden und allen öffentlich-rechtlichen Unternehmen, Einführung von Wettbewerb und Kündbarkeit. Nullbürokratie bedeutet, dass sich Leistungsträger und Eliten in der Öffentlichen Verwaltung einfinden und nicht eine oftmals negative Auslese aus Risiko- und Arbeitsscheuen.

Es ist eben nicht einzusehen, dass Strafzettel für Autofahrer ausgestellt werden die nur den Mitarbeitern der Öffentlichen Verwaltung Brot und Arbeit geben, weil, so der OB Christian Ude „in München die Strafzettel keinerlei Gewinn für die jeweilige Kommune bringen“. Das heißt doch nichts anderes, als dass hier der Autofahrer zur Kasse gebeten wird um die Verwaltung zu erhalten. Gelder also, die nicht mehr der Gemeinschaft zur Verfügung stehen und kontraproduktiv wirken. Denn wenn ein Bürger etwas bezahlen muss, weil er anderen Teilnehmern der Gemeinschaft den Parkplatz genommen hat, dann soll die Gemeinschaft davon auch profitieren. Bleibt es lediglich bei einem reinen Verwaltungsakt so ist das einfache Gängelung und mehr nicht.

Schuldenfreiheit der Gesellschaft

Die Bürger unserer Gesellschaft wollen keine Schulden. Neue Betriebe, die für die Gesellschaft dafür sorgen, dass Arbeitsplätze entstehen, benötigen oftmals eine Anschubfinanzierung, um Arbeitsplätze zu ermöglichen. Ist allerdings eine Expansion dieser Firma geplant, so hat das die Firma selber vorzunehmen und das Geld zu erwirtschaften, ansonsten kann eine Expansion nicht erfolgen.

Es geht also nicht, dass ein an der Börse vertretenes Unternehmen sich Steuergeschenke von der Gemeinschaft geben lässt um zu expandieren und wenn er dann expandiert, diese Geschenke nicht mehr zurückzahlen muss. Wir müssen neuen und innovativen Unternehmern ebenso die Chance auf einen Eintritt in die Ökonomie der Gesellschaft geben. Eine Expansion um andere Firmen aufzukaufen und damit wieder Arbeitsplätze zu vernichten ist abzulehnen.

Die Realität zeigt ja, dass für die meisten Arbeitsplätze nicht die Großunternehmen mit ihren Expertenabteilungen sorgen, sondern der bekannte Mittelstand und die Kleinunternehmer. Diese kommen aber bei dem derzeitigen System so gut wie gar nicht an Gelder und Anschubfinanzierungen, weil diese Gelder von der Großindustrie, dank undurchsichtiger Gesetze und Verordnungen, nur mittels Anwälte und Expertenabteilungen bereits abgegriffen wurden. Die Elite sind aber „alle“ Selbständigen und Unternehmer.

Wo hat der Staat seine Schulden oder wo haben die Repräsentanten der Gesellschaft Schulden gemacht?

Ganz einfach, so der Kabarettist Erwin Pelzig: Bei den Banken. 2/3 Der Schulden die wir haben, sind bei Banken, also bei denen, denen die Gesellschaft dann bei den ersten Problemen noch mal

Geld leiht, obwohl das Geld, das verspekuliert wurde, der Gesellschaft, dem Bürger, bereits gehörte.

Eigentlich würde jeder Einzelne sagen, dass der Bank damit geholfen werden würde, wenn die Gesellschaft auf einen Teil des Geldes verzichtet, das den Banken gegeben wurde und als verloren angesehen wird. Dann müsste der Bank bzw. deren Managern doch ausreichend geholfen worden sein, weil Irrtum menschlich ist und nicht unbedingt bestraft werden soll. Aber denkste: Zu diesem Geld, das wir geliehen und verloren haben wird der Bank noch einmal Geld gegeben, was dazu führt, dass Banken einen Freischein erhalten und immer neues Geld aus der Gesellschaft entnehmen. Tolles Geschäftsmodell.

Wer jetzt glaubt, dass dann die Bank zumindest der Gesellschaft oder einem Teil der Gesellschaft dann bessere Konditionen einräumen würde, irrt sich aber schon wieder. Die Gesellschaft die diesen Banken also 2x Geld gegeben hat, wird auch noch unverschämt behandelt und darf für das eigene Geld auch noch horrenden Zinsen zahlen, sofern die Bank das geliehene Geld an einen Bürger dieser Gesellschaft überhaupt weiterleitet. Ist dieses System noch gesellschaftskonform – ist Ackermann noch gesellschaftskonform oder sind wir unter die Piraten geraten? Natürlich sind es Piraten und sie müssten geentert und abgeurteilt werden. Doch die Gesellschaft trennt momentan Staat, Banken und Gemeinschaft und muss sich derzeit alles gefallen lassen, weil Politik und Banken mittlerweile so ineinander verstrickt sind und keinerlei Transparenz vorherrscht, um diese Bereiche transparent zu gestalten. Die Gesellschaftsfrage lautet deshalb: **Wollen wir solche Banken und Politiker?**

Wenn die Frage NEIN lautet, dann ist dieses System schlagartig aufzulösen! Ohne wenn und aber.

Es gibt scheinbar keine Grauzone, in der noch verhandelt werden kann. Es ist doch schon kurios, dass die Gemeinschaft den Banken Geld leiht, um sich dann von den gleichen Banken wieder Geld zu leihen. Brauchen wir also noch Banken? Ja, doch diese Banken gehören uns und keinem Finanzexperten, dessen Aufgabe innerhalb der Bank darin besteht, die Bürger und Unternehmer innerhalb der Gesellschaft zu übervorteilen, wo immer es geht.

Gleichzeitig können wir feststellen, dass nur $2/3$ der Schulden bei Banken bestehen. Woher kommen also die anderen $1/3$ die wir uns leihen?

Von uns selber. Ja wie das? Nun das ergibt sich dadurch, dass wir uns Bundesanleihen gegenseitig ausstellen und demjenigen einen Zinsgewinn versprechen, der diese Bundesanleihen sich leisten kann. Also verleiht die Gesellschaft Geld an einen Teil der Gemeinschaft, was durchaus sinnvoll ist und den Bankenapparat außen vor lässt. Nur zur Abwicklung, einer muss es ja auch operativ und real machen, kann eine Bank unseres Vertrauens eingesetzt bzw. beauftragt werden. Dabei entstehen Kosten die natürlich bezahlt werden müssen.

Im Gegensatz zu den Privatbanken handelt es sich allerdings um echtes Vertrauen gegenüber uns, der Gesellschaft selbst, und mündet nicht im Vertrauen in eine Bank und deren Manager, die sich dann vom Acker machen und für die wir dann gerade stehen müssen, nur weil sie die Gemeinschaft über den Tisch gezogen haben. Denn wir bürgen für uns selbst bei Bundesanleihen und kein Dritter. So wahrhaft die Gesellschaft zu sich selber ist, so grenzenlos kann das Vertrauen in uns selbst erfolgen. Wozu also noch diese Banken?

Es gibt keinen Grund. Die PARTEI tritt deshalb dafür ein, dass das Bankengeschachere aufhört, alle Banken ihre Schulden an die Gesellschaft zurückzuzahlen haben und dann aufgelöst werden.

Da vermutlich die Banken dazu gar nicht in der Lage sind (es wird ja weiter als Spielbank spekuliert), sind ihre Aktiva (Grundstücke, Gebäude, Rückstellungen, Aktien und jede Form der Aktiva) von der Gesellschaft einzuziehen. Die Privatbank darf allerdings jederzeit danach weiterarbeiten und die Finanzjongleure die diese Banken noch haben wollen, können dort gerne einsteigen. Vielleicht finden diese Banken ein Geschäftsmodell das ihr Überleben sichert. Nur die Gesellschaft wird sich zurückziehen und sie nur noch dann nutzen, wenn sie das Eigenrisiko selber übernehmen.

Wider der totalen Globalisierung

Eine partielle Grenzschließung ist anzustreben und umzusetzen.
Weltweit, was nichts anderes heißt: Transparenz und Fairness

Weil nicht einzusehen ist, dass eine handvoll multinationaler Konzerne ganze Märkte und Branchen mono- oder oligopolisiert. Um den Aufbau einer konkurrenzfähigen einheimischen Industrie zu ermöglichen, müssen bestimmte Produkte gegen übermächtige ausländische Konkurrenz geschützt werden, was allerdings nicht heißt, dass diese dann im Umkehrschluss gestützt werden, was der Gesellschaft nur Nachteile bringt, weil eben die Gesellschaft dies zu finanzieren hat.

So haben auch andere Länder das Recht ihre heimische Wirtschaft zu schützen, wenn multinationale Konzerne über Preisdumping in den Markt gehen, um deren Ökonomie in den Ruin zu treiben.

Die Globalisierung zeigt deutlich, dass die totale Freigabe nicht des Pudels Kern trifft und sie nur zu Verarmung und Abhängigkeit führt. Weil sie nur immer dann favorisiert wird, wenn es den Reichen in den Kram passt und Fairness keinen Stellenwert besitzt.

Überlegungen zur Entwicklungshilfe

Hilfe zur Selbsthilfe ist deshalb das oberste Gebot und es ist nichts Ehrenrühriges dabei, wenn Produktionen dorthin gelangen wo vorher nichts war und neue Konsumenten gefunden werden. Konsum ist der Motor allen Wirtschaftens. So wie Gewinn zu erzielen, weil das die Triebfeder eines jeden Unternehmens und jeden Mitarbeiters ist.

Damit aber auch in den Entwicklungsländern ein Konsum stattfinden kann, dürfen diese Bewohner nicht ausgenutzt werden und im Endeffekt in die Revolution oder ins Asyl getrieben werden. Wir sollten es als unsere Pflicht ansehen, nicht nur mit Almosen, die unser Gewissen beruhigen sollen, zu arbeiten, sondern echte Partnerschaften gründen die sich an Regeln orientieren, die unserer Gesellschaft heilig sind.

Das heißt auch, dass Waffenlieferungen nicht mehr gestattet sein dürfen, auch wenn Deutschland die Nr. 3 der globalen Waffenexporteure ist. Wenn also ein so genanntes Entwicklungsland Geld und Waffen will, so entfällt die Entwicklungshilfe total. Wir verzichten ja auch auf Atomwaffen und das freiwillig. Wenn wir nur wollen und dem Treiben der Regierenden endlich einen Riegel vorschieben, haben wir genügend für uns und für Partnerschaften in der Welt.

Das Beispiel der Kleinkredite (Mikrokredite) in der Dritten Welt zeigt, dass zum Glück eines Menschen keine Banken und unsere derzeitigen Strukturen notwendig sind – es reicht im Kleinen und dass selbst die dort lebenden Menschen Ideenreichtum an den Tag legen, ist wohl unbestritten. Wir haben nur verlernt mit Kleinigkeiten einen Tag optimal zu gestalten. Der eigene Holzofen ist bei uns nur noch eine Rarität – dafür haben wir jetzt unsere Solaranlagen auf dem Dach. Doch die Abhängigkeit von den Energieunternehmen bleibt.

Es sollen keine Exporte in diese Länder erfolgen, wenn dort das gleiche Angebot bereits lokal vorhanden ist. Wie sollen Konsumenten entstehen, wenn die Bevölkerung von einem Dollar pro Tag leben muss. Wenn deren Produkte exportiert werden müssen, weil die Weltbank es so fordert und diese aber keinerlei Mehrwert erhalten, weil in deren Land keine Weiterverarbeitung erfolgt. Wir hingegen subventionieren mit Steuern unsere Industrie und Großbauern, die dann deren Erzeugnisse dort auf den Markt werfen. Gleichzeitig wundern wir uns, wenn China mit den gleichen Mitteln ihre Produkte bei uns zu Dumpingpreisen auf den Markt werfen. Soll das so weiter gehen, bis nur noch Verlierer auf der Straße stehen?

Transportwege müssen deutlich teurer und so uninteressant gestaltet werden, dass die Produktion vor Ort wieder sinnvoll ist. Wer Erdbeeren im Winter beziehen will, muss dafür deutlich mehr bezahlen. Bisher ist dies nur möglich, weil der Transport in keinem Verhältnis zur Produktion steht. So soll das Flugkerosin nicht mehr subventioniert werden, wenn die Flugzeuge als Lastschiffe eingesetzt werden. Aktionen wie die Abwrackprämie müssen unterlassen werden. Denn diese Subventionen zahlen wir alle. Ob wir nun Reisen oder gar kein Auto besitzen.

Es ist also ein Irrtum zu glauben, dass Subventionen Produkte billiger machen. Nein es wurde nur verschleiert, wie teuer das Produkt eigentlich wäre, wenn es nicht mit Steuermitteln gestützt werden würde. Wir freuen uns also über niedrige Angebote und vergessen völlig, dass wir mit hohen Steuern bereits schon einmal zahlten. So könnten die Bauern sehr wohl ihre Milch im Markt zu echten Marktpreisen anbieten, wenn die Großhandelsketten sich nicht durch die Schlupflöcher bewegen könnten, sondern ihrem selbst gestellten Auftrag nachkommen, die Bevölkerung zu beliefern und zwar vorzugsweise mit einheimischen Produkten aus Deutschland und der EU.

Bürgergeld für Alle

Unter Berücksichtigung des Bürgergeldes für Alle, können altbekannte Muster von den willigen Bürgern in der Gesellschaft erlebt und ausgelebt werden. Denn mit dem Bürgergeld sind die Bürger erstmals in der Lage frei zu bestimmen, was sie für einen Beitrag zur Gesellschaft leisten möchten.

Wer seine Grundausrüstung besitzt, kann frei entscheiden ob er weiter nur faul in der Hängematte liegen möchte oder nicht. Der Konsum, über den die Verteilung innerhalb der Gesellschaft erfolgt, regelt dies automatisch. Denn wer konsumieren will und das dürfte der größte Teil der Gesellschaft sein, wird dafür arbeiten.

Allerdings nicht zum Selbstzweck, das tägliche Brot auf den Tisch zu bekommen, oder seine Miete an eine anonyme Immobiliengesellschaft zu bezahlen, sondern sich besinnen zu können, was er beitragen möchte und beitragen kann.

Menschen in der Gesellschaft die sich für einen Krankenberuf entscheiden wissen sehr wohl, dass sie damit nicht reich im Sinne von Geld, Moneten, Zaster werden, sondern sie gehen dem inneren Drang nach, etwas Gutes für die Gesellschaft zu tun und daran Freude zu haben. Die bisherige Gesellschaftsform bestraft anhand der zur Verfügung stehen Mittel, diese Mitglieder der Gesellschaft, so dass diese mittlerweile, trotz gehöriger Kraftanstrengungen, nur noch das Nötigste erhalten und damit selber in Abhängigkeit geraten, obwohl sie eine der sinnvollsten Arbeiten innerhalb einer Gesellschaft verrichten.

Wir reden hier nicht von Oberärzten, sondern von Pflegern in und außerhalb der Krankenhäuser, Pflegebetreuer und ähnlichen Berufen, die eine Ausbildung voraussetzen sich aber mittlerweile nahe dem burn out Syndrom nähern, weil sie überfordert und ihre

Freude am Beruf durch den täglichen Existenzkampf auf der Strecke bleibt.

Wenn die Gesellschaft diese Berufsgruppen, insbesondere Berufsgruppen am Menschen, die auch Du lieber Leser einmal brauchen wirst, wirklich so fördern wollten, wie es die Politiker und Verbandsmeier in den Medien publizieren, sich darum in der Realität aber keinen Deut scheren, dann wäre schon viel erreicht.

Weil auch ein Ackermann, von Pierer, Zumwinkel und eine Merkel ebenfalls diese Menschen einmal nötig haben werden. Wir werden dann, sofern sich an der Einstellung der Gesellschaft nichts ändert, nur noch Menschen antreffen, die genervt von der Arbeit sind und entsprechende Leistungen bringen.

Das setzt voraus, dass Fleiß und Leistungswille vorhanden sind, ebenso wie Wissen, Können, Kreativität und Glück. Doch eines ist unerlässlich nach Ansicht des Autors: die Freiheit, eine Entscheidung überhaupt treffen zu können.

Denn auch diese Berufsgruppen können sehr wohl selbständig auf dem Markt agieren. Denn die bisherigen Verbandsvertreter haben ja bekanntlich für diese Menschen so gut wie keine Änderungen in den letzten 20 Jahren durchgesetzt. Die Schere geht immer weiter auf, so wie in vielen anderen Berufen, die von einem Teil der Bevölkerung nur deshalb ausgeübt wird, weil sie ein Grundeinkommen für das Nötigste benötigen. Als Leser werden sie nun natürlich fragen: ja und wer holt den Abfall dann ab, wer liefert den Strom, wer liefert das Wasser, wer macht Kassierer im Einkaufsladen; also alles Arbeiten die derzeit nicht sonderlich gut goutiert werden.

Die Frage lautet: Ist es der Gesellschaft wichtig genug, im Krankheitsfalle gut versorgt zu sein, oder soll sie doch lieber an Bankenmanager höchste Bezüge ausleihen?

Die Gesellschaftsfrage lautet bei der Kassiererin: will sie, die Gemeinschaft, den Lohn für diese Tätigkeit so anheben und das Umfeld so ausbauen, dass es besser ist, dabei eine Hilfe zu haben oder doch lieber ein vollautomatisiertes Abrechnungssystem mit allen damit verbundenen Problemen (Kassenzettel aus – bitte warten / Falsche Preisauszeichnung – mit wem kann ich darüber jetzt sprechen usw.) Natürlich wird es eine große Umwälzung dabei geben. Doch diese Änderungen werden so oder so passieren, weil die Sklaven der Frühzeit nun einmal die Maschinen von heute und morgen sind.

Ein Merkmal des Kapitalismus ist ja, dass er immer effizienter werden will und auch muss, weil er sich im Wettbewerb mit anderen Unternehmern und -anbietern innerhalb einer Gemeinschaft (Weltgemeinschaft) befindet. Eine totale Abschaffung durch Maschinen wird es aber nie geben, weil wie bei den Handys das Bedienungspanel zwar immer kleiner werden kann, die Menschen aber deshalb noch lange keine kleineren Finger bekommen. Eher das Gegenteil ist der Fall wie die Größen der Menschen zeigen und das führt dazu, dass auch die Maße angepasst werden, weil die Menschen eben immer größer, schwerer, länger, glatzköpfiger und immer schlechter sehend eine Brille oder Kontaktlinsen benötigen. Kritiker werden schnell sagen, das geht nicht, weil nicht finanzierbar und ungerecht, weil dann ja alle „faulen“ Menschen etwas bekommen und das doch gar nicht verdient haben. Dabei wird vergessen, dass die Gesellschaft alle betrifft, alle Bürger einbezieht und deshalb bereits heute mit geeigneten und ungeeigneten Mitteln versucht wird, den Einzelnen zu stützen oder auch zu behindern, weil das Gemeinwesen alles und im Einzelfall dann doch niemanden unterstützt wird.

Das Bürgergeld erlaubt es Sicherheit zu geben – so wie wir heute jedem die vermeintliche Sicherheit geben, dass er nicht zu hungern braucht, ein warmes Süppchen immer erhältlich ist und ein Dach über dem Kopf bereit steht.

Der Aufwand für jede Unterstützung ist in Deutschland gewaltig und beträgt mittlerweile über 500 Milliarden jährlich. Nicht umsonst ist der Etat des Sozialministeriums der größte Teil, für den die Bürger ihre Steuern abliefern. Nur wenn ein Individuum davon etwas benötigt, beginnt der Grabenkrieg.

Das Bürgergeld hilft Ideen nachgehen zu können, sie zu verwirklichen und Erfahrungen zu sammeln und einer Arbeit nachzugehen die erstrebenswert und für die Gesellschaft sinnvoll ist. Dienstleistungsberufe im medizinischen Sektor müssten beispielsweise auf einmal völlig neu bewertet und bezahlt werden. Recht so!

Es ist der Einzelne ja immer nur dann bereit etwas für die Gesellschaft zu tun, wenn es ihn direkt betrifft. Ein Mensch in Arbeit konnte sich bis vor kurzem auch nicht vorstellen, dass er einmal keine Arbeit hat und nicht zu den betroffenen Empfängern auf Sozialsatzniveau gehört. Welch ein fataler Irrtum. So wie ein Gesunder sich nicht vorstellen kann, wie es ist, von einer demotivierten und unterbezahlten Krankenschwester betreut zu werden. Eine auf dem Land lebende Familie oder ein einzelner Rentner kann sich nicht vorstellen, dass ein Landarzt nicht mehr kommt und er den Weg in ein viele Kilometer entferntes Krankenhaus mit Notfallaufnahme fahren muss.

Dass, die aus den Medien, bekannten Manager und Reichen der Gesellschaft selten von der Gesellschaft etwas wollen, liegt daran, dass sie die Gesellschaft bereits zügig abgezockt haben und an bekannten und unbekanntenen Orten ihr Geld anlegten. Nach dem

Motto „die Vorteile der Gemeinschaft für sich nutzen – einen gerechten Anteil dafür aber nicht bezahlen wollen“

Wer Villen und Häuser besitzt, den dritten Hammer sein eigen nennt, kann im Notfall ein Haus verkaufen, um liquide zu bleiben und den Status mit privaten Dienstleistern aufrecht zu erhalten, sofern er nicht völlig hirnlos der Gier nachgab und an den Finanzmärkten Russisch Roulette spielte.

Die Überraschung ist für diese Herrschaften allerdings ebenso groß, wenn sie darauf setzen, dass die eigene Sippe sich um sie im Bedarfsfall kümmert. Die Testamentsvollstrecker können so manche Anekdote dazu liefern. Wer sich heute darüber unterhält, wie es mit 70 Jahren und älter einmal sein wird, kann es sich in jungen Jahren nicht vorstellen und doch braucht die Gesellschaft einen Diskurs, was und wie das Problem gelöst wird. Alle reden von der Alterspyramide und doch gibt es nicht einen Plan oder Planspiele, über die sich die Gesellschaft hinreichend auseinandersetzt.

Wie sollen wir in 20-30 Jahren leben? Wie und wo wollen wir einmal die letzten Jahre eines Lebens verbringen? Fragen über die noch keinerlei Diskussion stattgefunden hat. Das Bürgergeld ist ein richtiger Schritt und Wohngemeinschaften dürften dann ganz schnell als Alternative zu Altersheimen folgen. So ist der Aufenthalt auf einem Kreuzfahrtschiff günstiger, als ein Platz im Altersheim. Stimmt das System noch?

Wer durch seiner Hände Arbeit zur Miete wohnt, sich als Freiberufler in Abhängigkeit von Größeren begeben muss, mit 50 Mitarbeitern glaubte, zum oftmals zitierten Mittelstand zu gehören, wird sehr schnell lernen, dass seine Chancen sehr gering sind um in die Oberliga aufzusteigen oder ein Ziel benennen zu können, wie die Jahre als Rentner verbracht werden sollen..

Mögen seine Ideen und sein Arbeitseinsatz noch so hoch zu bewerten sein, das Geld geht überwiegend dort hin, wo es bereits ist und das ist weder bei der Krankenschwester, weder bei großzügigen Einrichtungen für alte Menschen noch bei den Universitäten und Kindererziehern der Fall.

Das Bürgergeld macht Alle frei und Ausbeutung von Patriarchen ist damit ausgeschlossen. Das Bürgergeld gibt also Schutz und wird alle anderen Leistungen verdrängen. Ob Hartz IV, Kindergeld, Wohnungsgeld, Familiengeld, usw. Es sichert jedem das Überleben und jeder Bürger erlangt die Selbstbestimmung. Denn erst damit wird er in die Lage versetzt das zu tun, was er gerne tun möchte und nicht das, was zum Überleben notwendig erscheint. Diese Gesellschaft hat sich das Überleben gesichert. Sonst würden wir bekanntermaßen noch als Neandertaler oder moderner Mensch in den Steppen Afrikas sitzen und Mammuts jagen.

Unternehmer erhalten ebenfalls Bürgergeld

Kleinunternehmer aber auch mittelständische Firmen machen die Erfahrung, dass es zwar Milliarden an Fördermittel der Gemeinschaft gibt, sie diese aber nicht erhalten, weil sie keinen Fachmann für die Abwicklung bezahlen können, der administrative Aufwand so enorm ist, dass die tägliche Arbeit liegen bleiben würde oder, wie in den meisten Fällen es daran scheitert, dass keine Eigenmittel in entsprechender Größe aufgebracht werden können, um so das Interesse der Hausbank an einer Förderung zu erfüllen.

Denn bei jeder Förderung steht momentan die Hausbank gerade und fordert deshalb vom Antragsteller entsprechende Sicherheiten um das eigene Risiko möglichst gering zu halten. Der Witz dabei ist nur, dass diese Bank das Geld von der Gesellschaft erhalten hat, es dem einzelnen der Gesellschaft aber nicht aushändigen

will, weil sie es lieber in weitere Prachtbauten, Managergehälter und Boni steckt.

Haben Sie ein Konto bei einer Bank, damit diese Bank reich wird? Oder geben sie der Bank ihr Geld, damit Sie es im Fall der Fälle mit etwas Zins zurück erhalten? Soll die Bank mit ihrem Geld eine neue Zweigstelle bauen oder es dem Bäcker um die Ecke leihen, damit Sie ihre frischen Brötchen auch morgen noch erhalten?

Eine erfolgreiche Förderung eines Einzelnen bringt momentan, weil es die Gesellschaft nicht interessiert, keine Aufmerksamkeit. Gebäude sind da sehr viel praktikabler, sich nach außen als erfolgreiche Bank darzustellen. Die Wertigkeit der Gesellschaft (auch die Bankenmitarbeiter gehören dazu) zu den Banken und der Banken gegenüber der Gesellschaft steht auf dem Prüfstand und wie diese Prüfung ausgeht, dürfte nicht nur den Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsräten der Banken bekannt sein. Denn sie haften nicht und solange die Show mit Glitzer reicht, wird sich nicht viel ändern. Denken diese zumindest und handeln danach.

Bürgergeldvorschlag (Stand 2014) 1500 Euro für Jeden. Das sind summa summa summarum 720 Milliarden für die Gesellschaft, die sie sich selber zahlt.

Negative Erscheinungen: Es wird Menschen geben, die damit zufrieden sind und nicht mehr arbeiten, sondern lieber den ganzen Tag auf der faulen Haut liegen. Soweit so gut.

Diese Menschen gibt es bereits heute und die Gesellschaft hat es bisher überstanden, dass diese nicht arbeiten und auch als faul beschrieben werden können oder sie sind krank oder eben nicht einsatzfähig. Beiden können wir es großzügig gönnen. Milliarden Stütze für die Großindustrie und Banken wird es allerdings nicht mehr geben, weil Großkonzerne von der Gesellschaft nicht

unterstützt werden müssen. So wie Millionäre sich wundern, dass sie trotz ihres Reichtums immer noch Kindergeld von der Gemeinschaft erhalten. Ob es allerdings bei der öffentlich dargestellten Verwunderung bleibt oder dieses Geld an die Gesellschaft wieder zurückgegeben wird, wird erst dann beantwortet sein, wenn auch hier Transparenz besteht. Die Gesellschaft wird Lob und Tadel einsetzen.

Werden die „faulen“ Gesellschaftsmitglieder wirklich so und werden es mehr? Nein. Weil wir ja im Herzen gerne etwas tun, weil wir es in den Genen bereits haben und wir einfach gerne konsumieren. Die Frage lautet nur: Tun wir das, was wir tun, auch gerne? Oder arbeiten wir um zu überleben und andere arbeiten wenig, weil sie schon genug haben.

Es ist schon witzig, dass der vermeintliche technologische Fortschritt nicht dafür sorgt, dass Menschen weniger arbeiten müssen. Ganz im Gegenteil. Es muss immer mehr gearbeitet werden um in zu bleiben. Arbeiten Sie gerne deshalb mehr, weil Sie eine PS3, Xbox oder was auch immer haben. Weil Sie ein Handy neben dem Festnetz haben? Weil die Maß Bier auf einem Volksfest noch teurer wird?

Der Konsum ist die Killerantwort

Das Bürgergeld stellt ja keinen Reichtum dar. Es ist eine Vereinfachung aller Transfers, die schon heute innerhalb der Gesellschaft kreisen. Die Mehrkosten gegenüber dem bisherigen System werden damit eingebracht, indem die Verwaltung (diese kostet Milliarden und bringt der Gesellschaft nichts) im Öffentlichen Dienst, bei den Unternehmen und bei den Bürgern radikal eingespart werden kann.

Bürgergeld ist die radikale Rückführung auf das Wesentliche einer Gesellschaft

Wer konsumieren will und das ist die Basis des Erfolges eines, nennen wir es ruhig einmal „kapitalistischen Systems“, muss arbeiten oder einen Beitrag für die Gesellschaft erbringen.

Diese Arbeit ist mit dem Bürgergeld selbstbestimmend, was nichts anderes heißt, als das zu tun was man gerne machen würde. Was spricht dagegen einer Arbeit nachzugehen und sich selbst zu verwirklichen und dann zu konsumieren, um echte Freiheit damit zu erlangen.

Wer mit 1500 € auskommt, kann arbeiten und das Geld spenden oder es in der Gesellschaft nutzbringend investieren. Weil der Mensch dann ein erfülltes Leben führt, wenn er seine Ideen verwirklichen kann und nicht zum Bittsteller wird und dann um 2% Lohnerhöhung kämpfen muss. Was ihm suggeriert, von den Besitzenden einen fairen Anteil zu erhalten, was aber in weiten Teilen ja nicht stimmt. Selbst Gewerkschaften behandeln ihre eigenen Mitarbeiter wie ein Großindustrieller. Mitbestimmung und gerechte Lohnzahlungen gelten hier auch nur immer für die Anderen.

Wenn jemand seine Miete zahlen muss und kein Basiseinkommen hat, kann nicht frei entscheiden, sondern muss das nehmen was angeboten wird. Billiglöhne und Ein-Euro-Jobs sind das Ergebnis. Mittlerweile ist das System so ausgerichtet, dass selbst diejenigen die arbeiten, mehreren Tätigkeiten nachgehen müssen, weil ein einzelner Job die Basis nicht mehr sichert.

Angst vor Immigranten, die der Gesellschaft auf der Tasche liegen? Nein: Erst mit der Einbürgerung erhält jeder das Recht auf Bürgergeld. Bürger dieser Bürgergeldgesellschaft sind alle Individuen mit deutscher Staatsangehörigkeit die in Deutschland wohnen und leben. Weil diese Bürger unsere Regeln damit

akzeptieren. Das Europäische Ausland kann das System übernehmen oder in den alten Strukturen mit den bekannten Problemen verharren. Ausländer erhalten Freizügigkeit bei der Wahl des Wohnortes und der Beschäftigung. Wer hingegen glaubt im Ausland sein Geld ausgeben zu können und nur die Leistungen der Gesellschaft in Deutschland ausnutzen will, liegt falsch.

Ein Herr Müller von Müllermilch wohnt in der Schweiz – somit entfällt für ihn das Bürgergeld ebenso, wie für Herrn Ackermann der die Schweizer Staatsangehörigkeit besitzt. Zu den Steuereinnahmen und die Besteuerungsgrundlage kommen wir zu einem späteren Zeitpunkt. Doch es sei an dieser Stelle bereits erwähnt, dass die Nutzung von gesellschaftlichen Leistungen (Leistungen entgegennehmen) nur innerhalb des Einflussbereiches der Gesellschaft gelten. Ein Rentner kann aber sehr wohl seinen Ruhestand außerhalb Deutschlands genießen, weil er seinen Beitrag ja bereits innerhalb Deutschlands erbrachte. Damit wir uns richtig verstehen: es kann jeder dort hingehen, wohin er will. Die Einschränkung gilt immer nur dann, wenn die Gemeinschaft Leistungen gegenüber einem Mitglied der Gesellschaft erbringen muss.

Ist das Bürgergeld für Alle gleich hoch? Ja und Nein. Das Bürgergeld unterscheidet sich für Kinder und alle außerhalb eines Arbeitsprozess Stehenden darin, dass die Zahlungen auch verrechnet werden könnten. Das passiert auch schon heute, weil ein Altersheimplatz schon heute angeblich 2000-3000 Euro kostet und wenn die Rente nicht reicht, dieser Betrag genommen wird und durch Sozialleistungen aufgestockt wird. Nur bleibt dem Rentner dann nichts mehr. So kann auch die Schulspeisung abgezogen werden, so wie auch der freie Eintritt in einem öffentlichen Bad oder anderer Freizeiteinrichtungen, die von der Gesellschaft erbracht wurden. Studenten zahlen damit ihr Büchergeld und andere von der Gemeinschaft erbrachte Leistungen.

Das PARTEI Manifest 2.0 - Für eine Zukunft mit Zukunft

Wir werden durch das Bürgergeld neue Innovationen, aufstrebende Unternehmen, viele Kleinunternehmer und freischaffende Menschen vorfinden, die ihren Beitrag für die Gesellschaft erbringen wollen. Weil sie konsumieren wollen und Konsum kostet, wie früher und jetzt auch, Geld.

Wirtschaft und Wissenschaft

Die RPP innerhalb der PARTEI ist ein Verfechter großer Teile der Utilitarökonomie. Das heißt, Schaffung von nachhaltigen und profitablen Arbeitsplätzen. Damit werden sachlich und nüchtern die Möglichkeiten untersucht, die Menschheit zukunftsfähig zu machen, in Würde und Anstand zu ernähren und zu helfen, wenn die Gesellschaft ihre selbst gesetzten Regeln lebt.

Sie macht die Nützlichkeit zum Prinzip des Lebens und der Lebensführung. Unberücksichtigt bleiben dabei die Motive und Gesinnungen. Der Nutzen der Folgen bemisst sich nach dem Quantum Glück, das eine Handlung bewirkt.

Ziel des Utilitarismus ist das größtmögliche Glück der größten Zahl also die Gleichbehandlung und damit die Rechte aller zu wahren zu suchen, indem er das Prinzip der Nützlichkeit auf die Befolgung sittlicher Regeln anwendet. Handlungsregeln, die ein Maximum an Glück zur Folge haben, sind sittlich geboten!

Dabei ist zu klären und transparent zu machen woher eine Firma oder ein Mensch der Gesellschaft zu seinen am Ausgangspunkt geschaffenen Möglichkeiten (Geld) kam, weil nur dann erkennbar ist, wer gefördert werden soll, um Gleichstand beim Ausgangspunkt zu erhalten. Es möge der Bessere sich durchsetzen – nicht aber derjenige, der mehr Geld hatte, was ggf. aus zweifelhaften oder von der Gesellschaft abgelehnten Dingen kam.

Wer mit Betrug die Ausgangsposition verschönert, kann nicht in den Genuss der Gesellschaft gelangen, weil der Betrug ja bekanntlich nicht transparent war. Der Betrüger kann aber weiterhin versuchen, betrügerisch tätig zu werden. Bei Aufdeckung wird er allerdings an den gesellschaftlichen Pranger gestellt und hat seine Tätigkeit innerhalb der Gesellschaft verwirkt. So wie eine mafiaähnliche Struktur von Firmen keinen

Bezug von öffentlichen Geldern erlangen kann. Sie können zwar so agieren, aber durch die Transparenz sind diese so weit geschädigt oder beengt, dass sie einen anderen Standort ihres Wirkens suchen werden, der aber nicht Deutschland lautet.

Die Nützlichkeit mündet also definitionsgemäß darin, wenn beispielsweise die Wissenschaft (diese wird von der Gesellschaft höchstwahrscheinlich gewünscht und unterstützt) für die Gesellschaft nützlich ist. Eine Patentierung einer Kartoffel ist für die Gesellschaft nicht nützlich, weil sie die Gesellschaft beengt. Wenn das Patent dafür sorgt, dass die Kartoffel günstiger anzupflanzen ist und die Gesellschaft dazu bringt, diese Kartoffel allen zur Verfügung zu stellen, dann kann sie gefördert werden.

Wenn also ein Wissenschaftler alle Kosten seiner Forschungsarbeit vollständig selber bezahlt, stellt sich die Frage nach der Nützlichkeit seiner Forschungsarbeit für die Gesellschaft nicht mehr.

Wird die Forschung aber mit öffentlichen Geldern gefördert und dieser Erfinder/Entwickler/Professor davon seine Arbeit bezahlt, dann betrifft dies die Gesellschaft und muss damit transparent gemacht werden.

Bringt diese Forschungsarbeit also für die Gesellschaft Nützlich, darf und soll sie gefördert werden. Ist diese privat, also mit dem Risiko behaftet und nicht aus öffentlichen Geldern bezahlt, kann der Forscher machen was er will und trägt das Risiko allein. Wissenschaft muss für den, der sie bezahlt, also nützlich sein. Wenn sie von Steuergeldern bezahlt wird, muss sie für den Steuerzahler nützlich sein, andernfalls handelt es sich um Diebstahl.

Solange also Kinder nichts zu essen haben, kein zuhause finden, ist ein Flug zum Mond, der von der Gesellschaft bezahlt wird

nicht nützlich sondern ist dann nützlich, wenn vorher alle gut aufgehoben sind.

Wissenschaft, die dafür sorgt, dass es den Menschen besser geht ist sinnvoll und nützlich. Wissenschaft die nur wegen ihrer selbst glaubt nützlich zu sein und dafür öffentliche Gelder bekommt ist auszuschließen.

Da kümmern wir uns besser um die Bildung unserer Kinder. Für Mond- oder Marsausflüge interessieren wir uns dann, wenn alles bestens ist. Es wird uns zwar immer suggeriert, dass die Erforschung des Mars wichtig wäre, nur leben wir nun mal auf der Erde und diese ist so einzigartig, dass wir uns darauf konzentrieren sollten diese lebenswert und sicherer zu machen. Außer die Gesellschaft hat beschlossen, die Erde vor die Hunde gehen zu lassen und einen Ausweg bzw. einen Abgang von der Erde zu starten. Dann ist die Vorbereitung einer Marsmission nützlich. Schließlich haben wir dann die Erde abgeschrieben und dann können wir das Ozon-Problem, die Öl- Kohle und gesamte Energiefrage vergessen. Eine Abstimmung innerhalb der Gesellschaft wird es an den Tag bringen.

Steuern in einer Gemeinschaft

Die PARTEI ist für eine einzige Steuer, die sich auf Einkommen und Umsatz bezieht. Der Steuersatz soll zwischen 10 und 20% liegen. Diese Steuereinnahmen sind auf die Kommunen, Regionen (Bundesländer), Bund, EU- und UNO jeweils als Viertel bzw. für beide letztgenannten jeweils ein achtel zu verteilen, wobei garantierte 10% jeweils in die Bereiche Bildung und Erziehung, Wirtschaft, Finanzen, Innen und Außenpolitik bzw. deren Bereiche dort landen sollen.

Diese einheitliche Steuer ist von jeder Betriebsstätte, auch für konzerninterne Umsätze und von jedem Bürger zu entrichten. Die

Abführung erfolgt automatisch bei jeder Überweisung und Zahlung. Damit wird eine Verschachtelung und auch der Auslandstransfers besteuert, so dass ein Abwandern in andere Länder mit einer niedrigeren Steuer, aber nicht genutzten Allgemeingütern, nicht mehr notwendig ist.

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Unionsmitglied innerhalb der EU. Es werden die anderen Mitgliedsländer folgen, weil damit das System vereinfacht wird, Transparenz vorliegt und somit für Jedermann verständlich ist.

Zusätzliche Einnahmen müssten durch die Freigabe der so genannten weichen Drogen erfolgen. Es ist nicht einzusehen, dass die Gesellschaft den Kampf gegen Drogen zahlt und keinerlei Einnahmen dafür vorher bezieht. Zur Selbstbestimmung gehört alles, was andere nicht beeinträchtigt. Wer also ein von der Gesellschaft zu bestimmendes Alter erreicht hat und Drogen nehmen will, soll das auch tun dürfen. Dafür hat er als Konsument Steuern an die Gemeinschaft zu entrichten. Zulieferländer die es auch heute bereits gibt, werden mafiöse Strukturen dann nicht mehr lange dulden, weil sie dann offiziell daran partizipieren können. Beide Seiten haben das Recht auf Selbstbestimmung und die Regeln dafür erstellt einzig und allein die Gesellschaft. (Alter, Verkaufsstellen, Ein- und Verkauf).

Überlegungen zu einer Ressourcengebühr

Für in Anspruch genommene Ressourcen der Allgemeinheit ist eine Ressourcengebühr zu erheben die den tatsächlichen Kosten und Werten bei Gebrauch und Verbrauch, wie Grund und Boden, Bodenschätzen, Luft und Wasser, Flora und Fauna, Meere und Flüsse unterliegt. Deren Einnahmen werden ausschließlich für Sozialversicherung für Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Notfälle angesammelt.

Damit wird vermieden, dass der der Gesellschaft gehörende Grund und Boden und alle anderen gemeinschaftlichen Ressourcen veräußert werden.

Neu daran ist, dass die Publikation der Grundstückeigentümer und die Gebühren auf den tatsächlichen Verkehrswert sich beziehen und die Durchsetzung des Verursacherprinzips wirkt. Denn die Kommune und somit die Gesellschaft sind die tatsächlichen Eigentümer aller Grundstücke und werden nur in Erbpacht oder anderweitig befristet an Bürger verpachtet. Die Laufzeiten beschließt die Gemeinschaft und Laufzeit heißt nicht endlos. Sonst haben wir nur noch Könige oder Superreiche die der Gemeinschaft vorgeben wann, was und wo wir etwas erhalten.

Eine Veräußerung ist nicht möglich. Denn es kann kein Politiker von Gnaden sich korrumpieren lassen, weil er einem Unternehmen oder Investor den einmalig vorhandenen Grund und Boden der Gemeinschaft aushändigte. So ist es dann unmöglich, dass plötzlich der Grund einem Einzelnen gehört, der damit über die Erben hinaus die Gesellschaft erpresst und fortan damit machen kann was er will.

Grund und Boden gehören einzig und allein der Gesellschaft und somit bleibt die Gesellschaft der Eigentümer und sonst niemand. So heißt es auch „Eigentum verpflichtet“ und nicht „Besitz verpflichtet“.

Damit wird auch erreicht, dass Reiche nicht immer reicher werden und die Gesellschaft immer ärmer, was darin münden würde, dass am Schluss nur noch ein paar Wenige, Eigentümer des Landes sind und jede nur denkbare Zahlung für deren Nutzung verlangen können. Jedes Haus und jede Verwaltungszentrale oder Versicherung und Bank würden dann nicht mehr auf eigenem Grund und Boden stehen und wären dann auch nur noch bedingt hypothekarisch belastbar. Das heißt, dass der Grund und Boden

nicht einfach an einen Dritten übergeben werden kann, der sich in unserer Gesellschaft gar nicht befindet.

Enteignung. Ein Aufschrei der Besitzenden folgt sogleich. Doch dabei fällt auf, dass immer nur dann von Enteignung gesprochen wird, wenn es das Individuum betrifft – von Enteignung wird nicht gesprochen, wenn es Gesellschaftseigentum betrifft. Das muss sich ändern.

**Freiheit ist, seine eigenen Gedanken zu denken und
sein eigenes Leben zu leben.
(John F. Kennedy)**

Demokratisierung der Wirtschaft

Die PARTEI ist für die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen. Weil die kleinen und mittleren Unternehmen die meisten Mitarbeiter beschäftigen, derzeit die meisten Steuern zahlen, am innovativsten sind, obwohl sie praktisch keine öffentlichen Forschungssubventionen erhalten und weil deren Inhaber und Geschäftsführer „persönlich“ haften.

Das Ziel eine verantwortungsvollen und demokratischen Wirtschaftspolitik ist es nicht, einem immer größer werdenden Anteil an Arbeitslosen immer billigere Produkte anzubieten.

Es muss vielmehr Ziel der Politik sein, den Bürgern Rahmenbedingungen zu verschaffen, in denen sie so viel Geld verdienen können, dass sie sich gute und auch teure Produkte leisten können. Deutschland darf nicht in zwei Zonen aufgeteilt werden, die dann Aldi Süd und Aldi Nord heißen.

Großunternehmen immer weiter zu fördern bedeutet, kleine und innovative Firmen in ihrer Zukunft zu behindern und im schlimmsten Fall von einem Großkonzern aufkaufen zu lassen was darin mündet, dass wieder Arbeitslose entstehen.

Es gibt keinen betriebswirtschaftlichen Grund, dass beispielsweise ein Global Player dutzende von Marken und Betriebsstätten rund um die Welt besitzt. Diese Großkonzerne müssen eher daran denken sich in Einzelteile zu zerlegen, also jede Betriebsstätte in ein eigenes Unternehmen, in ein Profit Center, zu überführen (ohne Wasserkopf einer Zentrale), die dann auch profitabel sind. Unprofitable Teile können dann geschlossen oder verkauft werden. Bei Problemen kann die Gesellschaft sehr wohl überlegen, ob sie eine Betriebsstätte unterstützen möchte oder nicht. Das Beispiel Opel zeigt ja gerade, dass die gesellschaftliche Unterstützung nicht bei einer Betriebsstätte landet sondern bei

GM (General Motors) in den USA. Der in diesem Zusammenhang immer wieder genannte Standort Bochum kann eben derzeit nicht von den Bürgern Bochums gerettet werden, solange nicht eindeutig geklärt ist, wohin die Subventionen der Gemeinschaft in Deutschland hingehen. Deshalb finden unrentable, schlecht geführte Profitcenter ohne gesellschaftliche Hilfe sich bald in der Schließung, was gut ist. Eine echte Bereinigung findet statt und andere können profitabel weitergeführt und neue eröffnet werden.

Angenommen: Ein blühendes Unternehmen das richtig Geld verdient z.B. 100 Millionen vor Steuern, verliert derzeit die Hälfte des Geldes für Steuern und das liegt nicht im Interesse des Unternehmens. Also kauft dieses Unternehmen ein anderes Unternehmen, das verringert nicht nur die Steuerschuld, es erhöht auch den zukünftigen Umsatz und wohl auch den Gewinn und so die eigene Macht und erhöht den Einfluss auf die Politik.

Bei unserer Steuer und Ressourcenabgabe bleibt genügend übrig um Investitionen in neue Produkte oder Rationalisierungen vorzunehmen, um Produkte dann billiger herstellen zu können. Die Firma kann in Forschung und Entwicklung investieren und neue Arbeitskräfte einstellen. Das Unternehmen wächst. Solange es aufgrund der eigenen Wirtschaftsleistung wächst und seine Steuern und Ressourcenabgabe bezahlt, kann es jeder Kommune nur recht sein, weil sie davon profitiert.

Da jede Betriebsstätte so verfahren muss, profitieren nicht nur die Kommunen der Zentralen sondern alle Kommunen mit Betriebsstätten und es findet eine echte Entzerrung statt. Es geht nicht an, dass die Kommune mit der Zentrale in Frankfurt komplett profitiert, die Betriebsstätte in Sachsen aber nicht. Wenn ein Problem dann in der Zentrale entsteht und nach dem gesellschaftlichen Beitrag und seiner Unterstützung geschrien wird, dürfen die Sachsen dann aber wieder miteinbezogen werden.

Das ist ungerecht und kann von keiner Gesellschaft gewünscht werden.

Jedes Unternehmen strebt nach seiner idealen Größe, es strebt allerdings nicht nach mehr Umsatzwachstum sondern nach Gewinnwachstum, den es an den Inhaber ausschüttet und nach Profitwachstum, der in die Kommune und Region fließt, bei gleich bleibender oder sogar steigender Mitarbeiterzahl.

Die PARTEI strebt deshalb an, politökonomische Rahmenbedingungen zugunsten von inhabergeführten Unternehmen zu gestalten und vor allem Behörden weitgehend durch Unternehmen zu ersetzen.

Ressourceneinnahmen und -ausgaben

Der Verbrauch von Luft und Wasser ist ebenso zu regeln. Der Gebrauch eines Kubikmeters Wasser wäre nur unter der Bedingung gestattet, dass er in absolut gleicher Qualität, wie empfangen, zurückgegeben wird. Andernfalls wäre der volle Kostenersatz für die Reinigung und Aufbereitung zu bezahlen.

Die Nutzung kostet dann beispielsweise 1 € im Monat. Der Verbrauch des Wassers allerdings kostet dann 100 €, was sich zwar auf den Getränkehandel auswirken würde – wir hätten aber wegen der geringen Steuern aber auch viel mehr Geld zur Verfügung.

Alle Gebühren der Ressourcennutzung fließen in den kommunalen Sektor und dienen aussch. der sozialen Versorgung aller Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und anderen Notfällen. Die Steuern fließen also in die große Politik und die Ressourcengebühren, die ja zweckgebunden entstanden sind, in den Sozialsektor bzw. die Kommune in der die Bürger leben.

Der Grund für die niedrige Steuer von 10- max. 20% liegt darin, dass nun jede Betriebsstätte umsatzpflichtig ist. Es ist gewollt, dass ein Konzern mit vielen Töchtern auch für jede einzelne innerbetriebliche Leistung und Lieferung die an einen anderen Ort, diese Umsatzsteuer bezahlt, die dann in die Region geht, in der die Betriebsstätte liegt.

Damit wird erreicht, dass Konzerne nicht mehr die kommunalen und regionalen Infrastrukturen ausnutzen können, dort aber keine Steuern bezahlt. Jetzt erhält derjenige die Umsatzsteuereinnahmen wo sie auch entstehen und die Unternehmen wissen sehr wohl warum sie dort und nicht woanders produzieren. Dadurch wird es uninteressant, große und weit verzweigte Konzernstrukturen zu schaffen, weil deren Produkte teurer werden als die kleiner ortsansässiger Unternehmen die für Arbeitsplätze sorgen und das Leben in der jeweiligen Kommune am Laufen halten.

Recht und Korruption

„Ein Staat, der von seinen Bürgern Rechtsgehorsam einfordert, während seine Verwaltung Anlass zu Zweifeln gibt, ihn selber zu üben, trägt zur Erosion des Rechts bei und untergräbt auf diese Weise langfristig die Bedingungen seiner eigenen Wirksamkeit“ (Bundesdisziplinaranwalt im Jahresbericht 2002).

Mit dieser Ansicht wundert es nicht, dass das Amt des Disziplinaranwaltes vor kurzem abgeschafft wurde. Es ist müßig zu ergründen warum und weshalb: Fakt ist, dass Lobbyisten permanent mit der Politik in Verbindung stehen und diese deshalb so wenig Transparenz wie möglich wünschen. Das Beispiel TTIP mit verschlossenen Türen, sogar vor Regierungen verschlossen spricht Bände. Der Disziplinaranwalt war immerhin dafür zuständig, Disziplinarfälle in der Bundesverwaltung zu verfolgen und dabei war er unabhängig und weisungsungebunden. Nun sind die Ministerien selbst für die Bearbeitung von Disziplinarfällen

zuständig. Also überwacht nun ein Minister sich selbst, wenn es um Korruption geht.

Ein kleines Dankeschön mit einem Weihnachtsgeschenk bei den Müllmännern durch die Bürger ist wegen angeblicher Bestechung in München verboten. Wenn aber Frau Merkel für Herrn Ackermann eine Geburtstagsfete ausrichtet ist das natürlich etwas ganz anderes. Weil Hr. Ackermann eben keinen Müll entfernt sondern selber jeden Tag Müll fabrizierte, den er dann der Gesellschaft aufbürdet.

Im Buch „Der korrupte Staat“ wird darauf hingewiesen, dass von rd. 300.000 Beschäftigten in der Bundesverwaltung nur 58 Verfahren gegen Bundesbedienstete bearbeitet wurden. Eine Zahl die schier unglaublich ist. Scheinbar alles in Ordnung, weil ein fulminantes Essen, ein Urlaub oder ein Freiflug für Politiker anders betrachtet wird als eine Weinflasche für den Müllmann.

Der Mülldeponieskandal in Köln zeigt aber, dass es auch in der Verwaltung zu Korruption und Bestechung kommt. Günter Pfahls Abgang, der Fall Schreiber und viele andere zeigten der Gesellschaft wie weit es schon ist und die Spender Kohls wollen wir hier noch nicht einmal behandeln.

Aus diesem Grund sind ein anonymisiertes Hinweisverfahren und ein öffentlicher Pranger diskutabel. Weil wir einen Weg brauchen, der die Gesellschaft vor derartigen Auswüchsen schützt. Alles kein Problem, wenn es endlich eine wirkliche Transparenz gibt. In den Verwaltungen und in den Firmen. Immer unter dem Gesichtspunkt, dass die Gesellschaft oder ein Teil der Gesellschaft betroffen ist.

Es gibt eben sehr wohl einen Unterschied ob zwei Privatpersonen sich gegenseitig helfen ohne Einbeziehung der öffentlichen Gemeinschaft und dort der Schnüffelstaat nichts zu suchen hat.

Müssen wir wirklich erst gegen eine Mauer fahren (deshalb auch der Aufruf nach einer Mauer in Deutschland) um zur Umkehr zu gelangen, das Selbstverständlichste auch wieder selbstverständlich zu machen oder soll wie in Zeiten der aktuellen globalen Finanzkrise alles noch einmal beginnen.

Beispiele für Lobbyisten und andere Wohltäter

Hans Olaf Henkel, der Pausenc clown der freien Marktwirtschaft, tingelt durch alle Talk Shows im Dienst der Bank of America und darf somit als Spekulantensöldner genannt werden. Sein Credo „Die Finanzkrise wäre gar nicht passiert, wenn man der schwarzen Unterschicht Kredite gegeben hätte“ spricht Bände. Ein neoliberaler Rassist, wie er im Buche steht? Er ist zumindest ein gern gesehener Gast nicht nur in Talkshows sondern auch bei der Bundesregierung. Würth – Schraubenkönig Würth, Bundesverdienstkreuzträger betrügt den Staat nachweisbar um Millionen und zahlt 30.000 Euro um die Sommerparty des Bundespräsidenten zu sponsern und will dafür natürlich nichts. Ein Bundesverdienstkreuz ist also scheinbar 30.000 Euro wert, das wir, die Gesellschaft, mit unseren Steuern zahlen.

Natürlich ist es einfach darüber zu resümieren: kommt der Autor doch aus Bayern und das ist ein Land, in dem Korruption schon so lange im Gang ist, als die Italiener noch nicht mal wussten, wie man Mafia buchstabiert. Denn hier wurde zu F.J. Straußzeiten gerne geschmiert. Wir erinnern uns noch zu gern an Strauß, Tandler, Wiesheu. Der Ausspruch „Adios Amigos“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Streibl klingt noch heute in den Ohren. Heute aber kauft die bairische Staatsregierung eine marode Bank hinter den Alpen, die Bürger zahlen klaglos und niemand stört es. Doch die PARTEI stört es sehr, so wie jede Bierpreiserhöhung.

Überlegungen zu einem Unternehmensstrafrecht

Wirtschaftskriminalität hat auf der ganzen Welt überhand genommen – so auch in Deutschland. Die Pharmabranche besitzt, so Insider, eine mafiöse Struktur und die Politik ist so weit schon eingekauft, dass sich nichts mehr ändert. Deutschland wurde bereits 1990 als korruptestes Land von der OECD benannt. In der Baubranche wird ebenfalls nicht richtig hingeschaut. Selbst Korruption in der Polizei und Justiz spiegeln (situative Korruption: Deutschland ist ein Idealland für Geldwäsche. Würzburg ist die heimliche Hauptstadt des Kapitalbetrugs) sich darin wieder. Die Gesellschaft, Arbeitsrichter und Arbeitsgerichte sind willfährige Helfer und Vollstrecker des Kapitals geworden und Fiskalverbrecher werden in Absprache auf freien Fuß gesetzt. (Klaus Zumwinkel kassierte 20 Millionen ein und musste nicht in den Knast) oder werden, wie Kohl, einfach nicht belangt. Der Fall Uli Hoeneß zeigte, dass es der Gesellschaft einfach reichte – ob sich etwas ändert, der Zuspruch war zumindest enorm, ihn al Opfer zu sehen.

So soll das Informationszugangsgesetz oder Informationsfreiheitsgesetz, ja ein solches gibt es, jetzt wieder für die Bankenaufsicht (bafin) und den Rettungsfond eingeschränkt werden. Weil CDU/CSU und die FDP das so wollten.

Kein Wunder, weil die BayernLB betroffen ist, so wie die IKB, KKB und HSB und wer sich noch so auf dem Finanzmarktparkett blamierte. Jetzt soll der §8 nicht mehr gelten, weil die Integrität und Stabilität der Finanzmärkte davon betroffen wäre. Natürlich, weil dann eine „black box“ entsteht, hinter der sich die Banken, Manager, Aufsichtsräte und Politiker verstecken können. Unter Umgehung der freien Information werden dann keine Fehler bei Banken und bei der Bafin einsehbar und sind somit für die Gemeinschaft und freie Presse nicht mehr per Akteneinsicht nachprüfbar.

Was wusste z.B. die Bankenaufsicht im Fall Schaeffler beim Kauf von Conti. Wie soll die BayernLB und die HSP überprüft werden und Fehler für die Zukunft vermieden werden, wenn niemand mehr Einsicht in deren Arbeit bekommt. Von wegen Datengeheimnis und Datenschutz. Schon heute müssen personenbezogene Daten geschwärzt werden. Natürlich wollen sich Alle nur vor Aufdeckung schützen.

**Über der Pforte der antiken Welt stand geschrieben:
erkenne dich selbst.
Über der Pforte der neuen Welt sollte geschrieben
stehen: sei du selbst.
(Oscar Wilde)**

Überlegungen zur Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik – ein Milliardengrab? Deutschlands Gesellschaft hat 30-40% teurere Medikamentenpreise für gleiche Medikamente, als in anderen Industrieländern. Für unser Gesundheitssystem geben wir pro Jahr 250 Milliarden aus. Damit zählt Deutschland zu den Spitzenreitern auf der Welt.

In Deutschland wird keine Grenze eingezogen (wie in England) oder verhandelt wie in Frankreich. Es gibt also derzeit ein Privileg für die deutschen Anbieter. Es werden immer mehr Wirkstoffe zu sich genommen. Jeder Patient (35% der Männer und 40% der Frauen) erhält oft mehr Arzneien mit neun verschiedenen Wirkstoffen. Weil jeder ältere Patient im Schnitt vier Ärzte zu versorgen hat.

300.000 Krankenhauseinweisungen finden derzeit jährlich statt, weil Wechselwirkungen von verschiedenen Wirkstoffen verabreicht wurden, die nicht miteinander harmonierten. Es gibt Patienten die mit 6 Medikamenten ins Krankenhaus geschickt werden und mit 17 Medikamenten wieder entlassen werden. Pillen schlucken bis der Arzt „wieder“ kommt. Ist das noch als Gesundheitswesen oder als ein Gesundheitsmarkt ohne Menschlichkeit zu nennen?

Beispiel: Einrenken kostet 3,50 €; Röntgen hingegen kostet 20 € und eine CTP 180 €. Es muss aber bei einem Ischiasnerv nichts geröntgt werden. Bei Hexenschuss hilft bereits das Einrenken. Die Gerätemedizin (in München gibt es weltweit die meisten Computertomographien – mehr als in ganz Italien). Sind die Italiener deshalb mehr krank, schlechter drauf? In Deutschland gibt es die meisten Herzkatheterlabore europaweit. Sind wir deshalb gesünder und leben wir länger als alle anderen Nationen?

Wie und wo kann gespart werden

Über 30.000 zugelassene Medikamente sind in der „Rote Liste“. Es gibt Ärzte die meinen, dass man mit rd. 500 Medikamenten auskommen kann, um den Patienten zu helfen (Es werden eine Substanz von bis zu 20 Anbietern angeboten, die in Konkurrenz stehen – medizinisch sehr fraglich. Für die Patienten nützt das also nichts – für die Pharmakonzern sehr wohl.) Kein Problem wenn jeder für sich zahlt. Nur in unserer Gesellschaft zahlen wir alle diesen Unsinn.

Die Fähigkeit zur klinischen Untersuchung, also mit den Händen muss deshalb in der Ausbildung wieder Vorrang haben und nicht der Einsatz von Geräten, die zum gleichen Ergebnis kommen, aber sehr viel mehr die Gesellschaft kosten. Der Mangel in der Ausbildung schlägt auch hier wieder zu buche.

Lösungsvorschlag: Wie bei Strom, Wasser, Versicherungen, privaten Krankenkassen und anderen soll eine Abrechnung erfolgen, die es ermöglicht, dass am Ende eines Jahres die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen addiert, durch die Anzahl der Teilnehmer geteilt und davon der monatliche Abschlag abgezogen wird.

Schon steht der Betrag für die Nach- oder Rückzahlung fest. Die Verwaltungskosten werden mit einem festen Betrag z.B. 7% festgeschrieben. Luxuslagen für Krankenkassengebäude müssen nicht sein, denn die Gemeinschaft und die Patienten haben davon nichts, rein gar nichts. Die Manager allerdings schon.

Wirtschaftliche Interessen müssen in der Gesundheit grundsätzlich zurückstehen. Das heißt: der Kommerz muss aus der Medizin fern gehalten werden.

Ein Arzt darf nicht vom Verwaltungsdirektor eines Krankenhauses gezwungen werden, zu röntgen. Außer es ist aus Sicht des nun selbstbestimmt arbeitenden Arztes notwendig. Wie wäre es, wenn Ärzte pauschal vernünftig und nicht nach Leistung bezahlt werden. Ist ein Auge weniger wert als eine Niere? Sind der Körper und seine Teile ein Maßstab für die Bezahlung? Sollte nicht die Gesundheit und nicht das Geld verdienen im Vordergrund stehen? Es muss nämlich Zeit geben, um sich um den Menschen zu kümmern.

Die Apparatedizin zeigt bereits, dass Gespräche nicht mehr stattfinden, weil möglichst viele Patienten möglichst schnell behandelt werden müssen. Erst mit einem Paradigmenwechsel kommt es nicht mehr zu örtlichen Verlagerungen die darin münden, dass in einer Großstadt sich die Ärzte und Krankenhäuser ballen und auf dem Lande keine Ärzte und Krankenhäuser mehr zu finden sind.

Mittlerweile gibt es Diagnoseoptimierer – das heißt nichts anderes, als möglichst viel bei der Krankenkasse einreichen zu können. Dabei ist mittlerweile alles codiert (Armbruch heißt dann fiktiv C323 und dabei sind dann verschiedenste Maßnahmen und Medikamente codiert zu erfassen,) und dafür werden wieder Mitarbeiter eingesetzt die natürlich wieder Geld kosten und der Gesellschaft und dem Patienten nichts Positives bringen.

Wenn ein Patient heutzutage entlassen wird, weil ein Bett benötigt wird, wird er auch dann entlassen, wenn es aus Sicht des Arztes wohlmeinend zu keinen Nachwirkungen kommt. Im Fachjargon wird das „blutige Entlassung“ genannt. Dass der Gesetzgeber hier nicht willens ist etwas zu ändern ist nur zu verstehen, dass die Betroffenheit, wie bei den Kontrollen am Flughafen gilt: Denn die Politiker sind selten als normaler Bürger unterwegs und nutzen deshalb gerne die Flugbereitschaft oder sind als Privatpatient untergebracht (für den ggf. das Bett nun benötigt wird)

Hausärzte müssen deshalb schon Vieles übernehmen, was in Krankenhäusern nicht mehr gemacht wird. Schuld daran ist das pauschale Abrechnungssystem. Es zwingt die Kliniken zu schneller Behandlung und schnellerer Entlassung.

Wollen wir wirklich ein System das die Krankenkassen dazu zwingt den Patienten früher zu entlassen, weil das billiger ist. Geht es hier noch um die Gesundheit?

So sind auch die Terminierungen ein wesentlicher Faktor und so fragt sich jeder Patient, warum ein Termin vergeben wird, wenn man dann drei Stunden warten muss. Nur damit eine Auslastung erfolgt, die eine Überbuchung grundsätzlich schon einbezieht. Die Kosten bzw. Ausfälle der Arbeitnehmer sind für die gesamte Volkswirtschaft enorm. Wir haben ein System, das nur noch Wenige verstehen. So wie in vielen allen Bereichen. Der Mensch und Bürger bleibt dabei auf der Strecke.

Wer ist hier noch Herr im Haus? Der Arzt und Patient oder die Verwaltung? So gibt es mittlerweile einen medizinischen Dienst der Krankenkassen. In dieser Verwaltung werden Abrechnungen gewälzt, wie lange ein Krankenhausaufenthalt sein darf. Wie lange ein Krankenhausaufenthalt sein sollte ist klar geregelt und liegt im Ermessen des Arztes. Trotzdem darf der mdk einen anderen Krankheitsverlauf feststellen, der dann eine schnellere Entlassung bringt. Allerdings nur anhand von Aktenlage und nicht unter Einbeziehung des Patienten. So werden alle Tätigkeiten in den Datenbanken mittlerweile verschlüsselt und diese Verschlüsselung hat mit Datenschutz nichts zu tun. (siehe Diagnoseoptimierer). Bezahlen darf wieder der Bürger.

Kunstfehler

Es geht nicht an, dass so genannte „Kunstfehler“ zu großen Tragödien führen, nur weil eine Versicherung es ablehnt zu

bezahlen und sich der Geschädigte nach jahrelangem Kampf dann mit Almosen abfinden muss. Die Gemeinschaft zahlt schließlich die Versicherung und will dem Einzelnen helfen. Diese Versicherungsfälle müssen zeitnah abgewickelt werden.

Ambulante Behandlung hat in Deutschland deshalb wieder den Vorrang zu haben.

20% der Arztzeit werden nur noch für Verwaltungsarbeiten vergeudet. 500 Millionen Euro werden von den Krankenkassen für den mdk derzeit ausgegeben. Es wird so viel kontrolliert wie nie zu vor. Wäre es eine rein privatwirtschaftliche Angelegenheit wäre alles nicht weiter schlimm. Doch hier handelt es wieder um Gesellschaftseigentum und deren Gelder.

Der Irrwitz dabei: Selbst Verbandsmaterial muss von einem Arzt gegenüber dem mdk begründet werden Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung muss bis zu dreimal beim gleichen Patienten medizinisch begründet werden. Die Feststellung der Bedürftigkeit für Pflege (Pflegestufe) kostete früher 10 €. Mit Umstellung auf den mdk kostet die Feststellung der Pflegestufe nun 170 €. Es wird also ein enormer Aufwand betrieben, zu kontrollieren und um die Kontrollen zu bestehen baut man ein System und gleich ein Gegensystem auf.

Ein gesetzlich Versicherter sieht trotzdem bis heute keine Rechnung. Die Kontrolle findet lediglich innerhalb des Systems statt.

Durchschnittlich 18x geht in Deutschland ein Bürger zum Arzt. Weltweit ein Rekord. Wir sind auf der anderen Seite aber führend, was die Kürze der Beratungsseite betrifft. Allgemeinmedizin hat deshalb wieder einen sehr viel höheren Stellenwert in der Ausbildung zu erhalten. Nur so werden Kosten eingespart.

Energiepolitik

Der Energieträger der Zukunft wird das Wasser sein. Wasser ist brennbar (Salzwasser oder Meerwasser kann brennen wie neueste Untersuchungen in Amerika beweisen) so dass DiePARTEI darin den ultimativen Nutzträger der Zukunft sieht.

Wasser ist das am reichlichsten vorhandene Element auf der Erde. Wasser besitzt mehr Informationen, als jedes andere Element und es ändert sich zu jeder Person. Wasser speichert Informationen in jedem Tropfen und jeder Tropfen wird einer Person zugeordnet und verändert sich entsprechend.

Aus diesem Grund ist die Forschung auf diesem Gebiet sehr viel stärker zu unterstützen als Forschung in alte Dinge wie Öl oder Kohle, auch wenn Deutschland ein Kohleland ist, allerdings mit einer Kohle, die bei weitem nicht effektiv ist.

Wussten Sie, dass Wasser in einem Behälter die Wand hoch laufen kann und sich mit einem anderen Behälter, in dem ebenfalls Wasser ist, sich verbindet, sobald es mit Starkstrom behandelt wird? Wussten Sie, das John Kanzius, ein Forscher aus den USA, herausfand, dass Salzwasser mit Rundfunkwellen bestrahlt, in Sauerstoff und Wasserstoff spaltbar und damit brennbar ist. Dadurch entsteht eine so starke Flamme, dass selbst ein Sterlinmotor damit betrieben werden kann.

Wussten Sie, das Wasser eine eigene Merkfähigkeit besitzt? Wasser kann sich merken, wenn es mit schwacher elektrischer Materie in Berührung kommt. Aus diesem Grund müssen wir mit den Flüssen, Bächen und Seen sehr viel schonender umgehen und die Einengung der Flüsse muss sofort gestoppt oder zumindest minimiert werden. Flussbauliche Maßnahmen müssen derart gestaltet werden, dass Flüsse so angelegt sind, dass das Wasser sich spiralartig bewegen kann und keine Verbauung stattfindet.

Korrosion erfolgt durch herkömmliches Wasser. Wird das Wasser allerdings belebt, so nimmt die Korrosion ab. So hat der Tiroler Wassermann Johann Grander nachgewiesen, dass fließendes Wasser durch einen Edelstahlbehälter, mit belebtem Wasser geschickt, sehr viel weniger Erosionen entstehen lässt. Somit ist herkömmliches Wasser aggressiv – gemischt mit belebtem Wasser, ist es harmlos für Leitungen und der Eisengehalt und die Verschlämmungen nehmen ab. Chemie wird dadurch sehr viel weniger notwendig.

Wasser in Trinkqualität nimmt Schwingungen auf und diese Schwingungen können wir uns zunutze machen. Der Aufenthalt am Wasser hilft deshalb Asthmatikern. Eine Gesellschaft die das Wasser immer mehr zurückdrängt, einen Bruchteil der Forschung in die Wasserforschung steckt, muss jetzt tätig werden und sich darauf besinnen was die Natur und das Universum uns gegeben haben.

So spielt Wasser eine entscheidende Rolle auch bei der Speisenzubereitung. So weiß jeder Bäcker, wie wichtig Wasser beim Brotbacken ist. Mit dem so genannten „Granderwasser“, die Teige haben weniger Hefe, nehmen dafür aber mehr Wasser auf, ist das Brot wesentlich besser verträglich, der Geschmack ist feiner und die Kruste ist dünner.

Wasser ist ein verletzliches Ganzes. Auf jeden Fall ist sorgsamere Umgang mit Wasser nötig. Wasser hat eben ein Gedächtnis – und so kann es passieren, dass es unser organisches Leben, wenn wir so weiter machen, nicht mehr unterstützt. Denn es vergisst nichts und wenn der Tag kommt, an dem unser aller Wasser nicht mehr getrunken werden kann, erinnern wir uns gerne daran, dass Exxon BP und wie sie alle heißen, den Schaden mit Geld beheben wollten und wir ihnen glaubten. Wasser ist das Thema dieses Jahrhunderts und wie unsere Welt in 30 Jahren

aussieht, ist Aufgabe von uns jetzt und nicht erst von den nachfolgenden Generationen.

Was wir wissen ist ein Tropfen – was wir nicht wissen ist ein Ozean (Isaac Newton) Deshalb haben wir uns jetzt dem Thema Wasser verstärkt anzunehmen. Ebenso ist das Augenmerk auf die Erdwärme sehr viel stärker zu legen, als auf Solarenergie. Doch bis dato wird von der Erdwärme so gut wie gar nicht gesprochen und lieber die Atomenergie forciert oder deren Einsatz in Deutschland verlängert, um mit dem Spruch „nach mir die Sintflut“ unterzugehen. Deshalb: Kein Ausverkauf von Wassers an Privatfirmen. Rückführung der bisherigen Verträge in das Allgemeingut der Gesellschaft.

Weitere Alternativen und Bemühungen die wir unterstützen: Ebbe und Flut setzen Jahr für Jahr 22 tausend Terrawattstunden frei, ein fünfteil des Weltverbrauchs.

Europa verfügt über 35000 km Küste. Am Atlantik sind Ebbe und Flut besonders interessant für Wellenkraftwerk die unsere Zukunft sichern. (EMEC Europäisches Zentrum für Meeresenergie) Anlagencluster aus drei oder zehn Einzelanlagen von sog. Seeschlangen die die Wellenbewegungen in Strom umwandeln und deren Energie per Unterseekabel auf das Festland gebracht werden, können 15-20% der benötigten Energie liefern, was einem Anteil des gesamten Atomstroms entspräche.

Damit ist der Vorwurf der Energieriesen, „die Sonnenenergie könnte nur bei Sonneneinstrahlung erfolgen und deshalb gäbe es zu Atomstrom keine Alternative“ unterlaufen. Länder, wie Algerien, könnten mit den verfügbaren Flächen und dort installierten Sonnenkollektoren das 15fache der elektrischen Energie erzeugen, die ganz Europa benötigt.

Warum also noch warten und den Konzernen weiter in die Hände spielen. Die Länder im Süden Libyen, Marokko und andere erhalten damit die einmalige Chance daran zu partizipieren und die Abhängigkeit von den Industriestaaten wird wesentlich verringert. Damit findet eine Steigerung der Lebensqualität auch dort statt und Kriege sind, da jetzt etwas Wesentliches verloren gehen könnte, auf ein Minimum reduziert.

Das heißt aber für uns, dass wir uns jetzt in Freundschaft und Partnerschaft mit diesen Ländern begeben müssen und deren Unternehmen und Bevölkerung beim Aufbau zu helfen und langfristige Vereinbarungen zu treffen. Es ist einfach viel sinnvoller dort den Strom zu erzeugen, wo er entstehen kann.

Sie meinen, damit würden wir abhängig werden? Richtig und Falsch. Richtig ist, dass wir heute abhängig sind von Russland (Gas), den arabischen Ölländern (Öl), den internationalen und nationalen Stromriesen, einer privat geführten Energiebörse und von Parteien, die den Lobbyisten nach dem Munde reden. Unsere Aufgabe wird es sein, die Technik dafür zu entwickeln und sie diesen Ländern und uns zur Verfügung zu stellen um es dann einem Konsortium aller Länder zu übertragen. Denn auch hier gilt: Es ist ein Allgemeingut aller Menschen. Dabei ist zu beachten, dass dazu parallel Bürgernetzwerke in unserem Land verstärkt unterstützt werden.

Großbritannien hat bereits unter dem Name „Betcet“ eine autarke und autonome Mustersiedlung mit 83 Wohnungen und Geschäften errichtet. Selbst Stromstellen für Räder und Autos sind dort zu finden. In Deutschland ist davon nicht zu spüren. Um den Kohlendioxidaustausch zu verringern, muss endlich etwas passieren. „Betcet“ ist die Antwort auf die beginnende Energiekrise, die sich noch verschärfen wird. Das Energiesparauto und Elektroautos sind so schnell wie möglich auf den Markt zu

bringen. Gas und Öl sind auslaufende Modelle die wir so schnell wie möglich verlassen müssen.

Überlegungen zur Transportpolitik

Die landwirtschaftlichen Nutzungsflächen sind so nah wie möglich beim Verbraucher zu platzieren und nicht mehr die Kaufhäuser auf der Grünen Wiese, die sich nur deshalb dort ansiedeln können, weil deren Interessen von der Gemeinschaft wieder einmal subventioniert werden.

Dort hat sich wieder die Landwirtschaft anzusiedeln um die Transportwege so kurz wie möglich zu gestalten. Wir müssen über die Beziehung von Stadt und Land nicht nur neu nachdenken, sondern auch entsprechende Maßnahmen einleiten.

Städte haben ein Hinterland und dieses Umland muss gepflegt werden. Weil sie mit Nahrung und Dienstleistung in Wechselwirkung stehen. Megacities sind out und Deutschland hat genügend Fläche, um dies zu realisieren. Produktions- und Verbrauchsstandorte sind derzeit klar getrennt. Doch so geht es nicht mehr weiter.

Die Transportwege sind zu verteuern und die öffentlichen Angebote, um sich von a nach b zu bewegen, sind der Vorzug zu geben, was diametral den bisherigen politischen Vorgaben entspricht.

Wer die Städte auf Gebäude reduziert, liegt einfach falsch. Die Unternehmen müssen deshalb wieder dorthin wo die Menschen leben und nicht die Menschen müssen sich dorthin begeben weil ein Unternehmen wegen Subventionen sich außerhalb der Städte positioniert. Wollen wir wirklich jeden Tag unnötig in einem Stau stehen (das Leben ist kurz genug), nur weil wir nicht in der Lage waren, ein Gesellschaftssystem, eine Gesellschaftsstruktur und Gesellschaftskultur zu entwickeln, die uns nicht mehr mit dem Neandertaler gleichsetzt. Wir müssen heute nicht mehr in die Steppe gehen, um an Fleisch zu kommen. Heute müssen wir an

den Stadtrand fahren, um dort das Fleisch zu finden, obwohl es direkt um die Ecke auch zu erwerben wäre.

Wollen wir wirklich unser Leben so sinnlos gestalten und dafür auch noch arbeiten müssen, um es bezahlen zu können? Die Kosten und der Aufwand für die Fortbewegung sind so gigantisch, dass auch hier ein Paradigmenwechsel einsetzen muss.

Entwicklungspolitik

Warum leisten wir Beiträge an die Weltbank, die von den USA kontrolliert wird und auf die wir keinen Einfluss haben? Sollten wir diese Beiträge nicht selber verwalten und dort investieren, was wir kennen und wo wir willens sind, etwas zu unterstützen? Lieber dort selber investieren, wo direkte Beziehungen bestehen als es wieder einem Dritten zu überlassen, was mit unserem Geld passiert.

Der bisherige Trick liegt darin und er trifft uns ebenso: Es werden anderen Regierungen riesige Kredite gewährt, die ins Chaos führen, weil sie nicht zurückbezahlt werden können. Eben genau so, wie die Billionen an Schulden die die Regierung Deutschlands aufnimmt und die dann in obskuren Kanälen versickern lässt. So haben wir Schulden gemacht oder wurden Gelder für uns, die Gesellschaft, aufgenommen, für die wir nichts erhielten. Das Beispiel der Bankenrettung, Automobilbranchenrettung, Quelle-Katalogrettung und die Übernahme der ehemaligen DDR sind Paradebeispiele dafür, dass wir dafür Unsummen zahlten, die Ansprüche noch heute erfüllen dürfen und dafür Gelder von Banken geliehen haben. Und was haben wir bekommen?

Und genau so verfahren die Industrieländer mit den Entwicklungsländern. Große Kredite anbieten, diese Kredite an einen Zweck binden, der nur der eigenen, unserer Industrie hilft um diesen Firmen das Geld dieses Kredits dann zu geben, damit diese eine Infrastruktur, z.B. Straßen in dem Entwicklungsland bauen. Es floss dabei kein Geld in das Entwicklungsland. Es floss in die eigenen deutschen Firmen, die nach Vollendung weg sind. Die Schulden sind allerdings bei diesen Ländern geblieben.

Generelles Folterverbot

Die PARTEI ist gegen Folter und dieses eindeutige Nein bezieht sich auch auf Folter von befreundeten Staaten. Das Folterverbot gehört zu den Unverfügbarkeiten des Rechts und der Gesellschaft. Es ist Kern und Indiz der Zivilisation und der Humanität einer Rechtsordnung.

Es gibt also kein „ein bisschen Foltern hat noch keinem geschadet“ – es gilt das absolute Folterverbot und wenn Staaten wie die USA meinen, die Folter an einen Ort außerhalb der USA verlegen zu können, um Geständnisse zu erhalten, so wird Die PARTEI dieses Vorgehen vehement anprangern, auch wenn es einem Bush, Obama oder wer immer dort auch die Fahne schwingt, nicht in den Kram passen möge. Es bleibt dabei „Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Asylpolitik

Die Asylpolitik muss wegen ihrer Auswüchse wieder so gestaltet werden, dass Asylantragsteller auch wieder die Chance und die Möglichkeit erhalten, als Asylbewerber anerkannt zu werden. Es wird die Zeit kommen, da werden wir händeringend um Menschen, Bürger und Arbeiter betteln, weil wir zu wenige Menschen haben, die sich um uns im hohen Alter kümmern.

Asyl ist Menschenwürde und wer den irrigen Meinungen von CDU/CSU/AfD und anderen garstigen Zeitgenossen nicht auf den Leim geht, wird gegen einen Asylantrag grundsätzlich nichts einwenden können.

Die Drittstaatenklausel muss wieder verschwinden, das heißt: ein Flüchtling, der auf seiner Flucht auch nur einen Fuß auf einen anderen als den deutschen Staat, also auf einen Drittstaat gesetzt hat, hat in Deutschland keine Chance mehr auf Asyl. Wer über

einen der Nachbarstaaten nach Deutschland „geflohen“ ist, der gilt, per Definition, in Deutschland nicht mehr als politisch verfolgt.

Das perfide daran: Italien bringt Menschen wieder auf die hohe See, obwohl es gegen die UN Menschenrechte damit verstößt und Deutschland nutzt dieses perfide Vorgehen aus, um Menschen, die es vielleicht doch noch schaffen, sofort nach Italien wieder auszuliefern, die dann wieder in ein Boot gesetzt werden und dem Meer ausgeliefert sind. Denn in Italien gelten Flüchtlinge als illegal.

Beispiel: Das EU-Büro von Amnesty International hat einen Bericht zur Situation von Flüchtlingen in Griechenland veröffentlicht. Die Einschätzung der katastrophalen Lage vor Ort deckt sich mit den Recherchen von PRO ASYL: Flüchtlinge werden in Griechenland teilweise unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten, sie haben keinerlei Chancen auf ein faires Asylverfahren und sind in Gefahr, in Länder abgeschoben zu werden, in denen ihnen Folter und Verfolgung drohen. Amnesty kritisierte anlässlich der Veröffentlichung, dass Deutschland im Rahmen der Dublin-II-Verordnung trotzdem Asylsuchende nach Griechenland zurückschiebt, obwohl die Situation bekannt ist und das Bundesverfassungsgericht derlei Rückführungen bereits mehrfach vorläufig stoppte.

Doch nicht die Flüchtlinge sind illegal, sondern die anmaßende Art und Weise der reichen Industriestaaten ist illegal und inhuman. Die Gründe warum das so ist wurde bereits in den Kapiteln Entwicklungspolitik, Transport und Wirtschaftspolitik behandelt.

Einen Asylanten oder Flüchtling kann man nur dann als illegal bezeichnen, wenn sich nach der Prüfung herausstellt, dass er einen Fluchtgrund nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht geltend

machen kann. Eine solche Prüfung findet aber weiterhin nicht statt, auch nicht eine vereinfachte Prüfung, wie sie für offensichtlich unbegründete Anträge vorgeschrieben sind.

Die Ignoranz und der Neid gegenüber Asylanten zeigt sich pekuniär auch darin, dass Asylanten mit 41 € im Monat ihre täglichen Bedürfnisse bestreiten müssen, was nun das Landesgericht in NRW überprüfte und eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einreichte. Ein Skandal sondergleichen – die Politik kommt ihrer Aufgabe nicht mehr nach oder wird ihr nicht mehr gerecht. Es müssen in Deutschland jetzt Richter vom höchsten Gericht sich der Armen annehmen, weil das Gefühl in der Gesellschaft für Richtig oder Falsch bzw. Human oder Inhuman abhanden gekommen ist.

Dabei darf es nicht bleiben: Weder was die Steuerpolitik, noch die Hilfe gegenüber den Schwächsten betrifft. Was mit der Garantie auf einen Kindergartenplatz passiert, ist jetzt schon klar: Das Bundesverfassungsgericht wird auch darüber wieder einmal befinden müssen, weil die Kommunen ihrem Auftrag einfach nicht nachkommen wollen oder können, dank gescheiterter Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Überlegungen zur Privatisierung von Allgemeingütern

Es gibt keine Gründe, warum öffentliche Objekte und Immobilien an ausländische Investoren veräußert werden. So ist es seit mehreren Jahren gang und gäbe, dass öffentliches Eigentum aller Bürger verkauft wird, das erzielte Geld an andere Banken weitergeleitet wird und die Gesellschaft dann Leasinggebühren bedient, mit dem Ergebnis, dass Gesellschaftseigentum veräußert wurde, kein Geld eingenommen und die Bürger nun an den Investor Schulden zu zahlen haben.

Beispiel: Straßenbahnen werden veräußert. Das dafür erzielte Geld geht nicht an den Öffentlichen Nahverkehr der Kommune, sondern an Banken, die der Kommune dieses Geld zu Niedrigzinssatz verwalten. Worin der Sinn für die Gesellschaft liegen soll, muss nachgefragt werden. Warum kein Geld in die Infrastruktur gesteckt werden kann, ist nur logisch. Denn Geld ist ja für den Verkauf nie eingenommen worden und die Bürger zahlen mit ihrem Ticket nun den Investor.

Die Gesellschaft braucht aber Gemeinschaftsgüter um zu funktionieren. Vor diesem Hintergrund ist die Privatisierung zu betrachten „Private = berauben“. Gemeinschaftsgüter werden von privaten Interessen aufgekauft oder verschenkt. Die Gemeinschaft wird von einem Privaten enteignet. Und zwar nur deshalb, weil sie profitträchtig ist oder zumindest profitträchtig für den Investor erscheint.

Kauft ein Investor öffentliche Güter, weil sie negative Bilanzen produzieren? Oder sieht er darin eine Geldquelle, die Profit abwirft? Wir können davon ausgehen: das Gut ist profitabel, sonst würde der Investor der Kommune nichts abkaufen.

Warum also werden profitträchtige Allgemeingüter privatisiert? Weil wir, die Gesellschaft, keinen Profit selber erzielen wollen oder liegt es an den Politikern, die zu blöd sind das zu erkennen oder sind diese sogar in diese Privatisierung in korrupter Art und Weise verbunden? Es sind deshalb längerfristige Verantwortungskategorien notwendig.

Überlegungen zur Staatsverschuldung

Wir können feststellen und festhalten, dass das derzeitige System eine Umverteilung des Wohlstandes von unten nach oben fördert. Das heißt, die Besitzenden erhalten immer mehr, sie haben Schwarzgeld gehortet, das sie weltweit zirkulieren und waschen lassen, bis es wieder auf obskuren Wegen zurückkommt. Der Aufschrei der an der Börse spekulierenden Menschen ist ja deshalb so groß, weil sie oft Schwarzgeld verloren haben. Denn der Normalbürger hat gar keine Aktien im großem Umfang, außer vielleicht Volksaktien, wie die Telekom Aktie, die aber wohl nicht zu den Rennern sich entwickelte um „reich“ zu werden.

Der Staat darf nur das ausgeben was in der Kasse ist und nicht anhand von Schätzungen. Dadurch wären alle Konten der Kommunen im Guthabebereich und die Gesellschaft kann sich überlegen, was damit zu tun ist. Der Unsinn, dass Einnahmen nicht angelegt werden dürfen und deshalb die Staatshaushalte zum Ende eines Jahres Restgelder mit vollen Armen auszugeben, mag damit noch so der größte Unsinn betrieben werden, ist damit unterbunden.

Hätte ein Kämmerer auch nur den Vorschlag gemacht – lasst uns auf dem internationalen Bankett ein bisschen spekulieren, so wären alle Bürger in dem Moment Zocker geworden. Es dürfte eine Mehrheit dafür wohl kaum geben, weil der Gegenvorschlag, den Steueranteil zu senken oder das Geld für das Gemeinwesen auszugeben, sicher für Alle lohnender gewesen wäre, als zu spekulieren.

Es muss nämlich auch für Unwetter, Notfälle, Sabotage, Kriege und bei weltweiten Einwirkungen Geld vorhanden sein, das die Probleme abfedert. Wer weiß schon, wann die EU plötzlich zum Schurkenstaat wird und von den USA oder anderen Ländern auf den Index gesetzt wird.

Damit wir Herr in unserem Haus bleiben und somit die Gesellschaft die Zügel in der Hand behält, ist der Durchschnitt aller Unternehmen, also auch aller Banken mit 100% haftendem Eigenkapital zu finanzieren. Dadurch können alle Rechnungen skontiert und Absatzschwankungen leichter überstanden werden. Alle müssten darauf verzichten, auf Pump zu wachsen. Dafür können alle Profite frei verwendet werden, es gibt keine Steuer mehr auf das haftende Kapital und Zinsen können auch nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Konzern erhalten keine Stütze mehr und müssen mit dem eigenen Kapital wachsen.

Risikokapitalrendite

Hier sprechen wir vom haftenden Eigenkapital. Im weiteren Sinne zählen dazu auch Aktien, wobei es einen Unterschied macht, ob es Risiko- und Aktienkapital ist.

Risikokapital ist langfristig in einem Unternehmen angelegtes Kapital, das an eine Person gebunden und notariell beglaubigt ist, wobei diese Person im Unternehmen tätig sein kann, aber nicht muss. Diese Kapitalanteile sind zwar im Gesellschaftsvertrag als vereinbarte Konditionen veräußerbar, sie sind aber nicht wie Aktien handelbar. Das Risiko liegt als Wagniskapital bis zum Totalverlust und dafür ist eine Rendite durchaus angemessen.

Wir sind für eine soziale Marktwirtschaft und werden Risikokapital unterstützen.

Überlegungen zur Inneren Sicherheit

Polizisten müssen Namensschilder tragen – es geht nicht an, dass eine Strafverfolgung schon im Ansatz vereitelt wird weil der Bürger, also der Zahler und Auftraggeber für die innere Sicherheit keinerlei Möglichkeit hat sich zu beschweren und im Einzelfall gar einen Strafantrag gegen einen Bürger in Uniform zu stellen. Wehrdienstleistende, Zeit- und Berufssoldaten haben ihren Namen deutlich sichtbar auf der Uniform zu tragen. Warum also nicht auch die Polizei? Hier gilt ebenfalls das Transparenzgesetz.

Eine wesentliche Forderung der PARTEI lautet, dass nur noch die Polizisten eine Waffe tragen dürfen, die mindestens drei Jahre Dienst auf der Straße hatten und mindestens das Abitur besitzen. Wenn die Gemeinschaft einen Menschen mit Waffe auf Bürger loslässt, dann soll das durch bestens ausgebildete Personen erfolgen und nicht durch Schnellkurse Personen glauben machen, jetzt die Bürger erschrecken zu können. Fälle in denen Bürger von einem Polizisten „aus versehen“ erschossen oder angeschossen wurden, gibt es zahlreich und auch hier ist Akteneinsicht für die Bevölkerung notwendig. Transparenz gilt für Alle.

Polizisten müssen in der Ausbildung daran erinnert werden, so wie es in der Bundeswehr schon immer gültig ist, dass sie Bürger in Uniform sind. D.h. dass auch sie Bürger dieser Gemeinschaft sind und keine Sonderprivilegien besitzen. Die Führung hat darauf hinzuwirken, dass Demonstrationen nicht mit Knüppeln aufgelöst werden, dass der Einsatz von Waffen jeglicher Art nur zum Selbstschutz eingesetzt werden dürfen. Schlagstöcke haben auf Demonstrationen nichts zu suchen. Schwarze Kleidung und Vermummung zeigt nur martialisches Auftreten und führt nur zu Aggressionen und ist deshalb zu unterbleiben. Die Polizei gehört ja schließlich nicht einem „Schwarzen Block“ von Schlägern an. Bilder von prügelnden Polizisten und gesteuerten Provokateuren auf Demos sind mit der PARTEI nicht machbar.

Volkszählungen sind zu begrüßen, sofern transparent gemacht wird, wofür und wer mit diesen Daten arbeitet. Diese Daten müssen von Allen einsehbar sein. Vorratsdatenspeicherungen sind zu unterlassen weil schon aufgrund der Datenmenge niemand weiß, was gespeichert wird, wer damit arbeitet und die Gesellschaft keinerlei Möglichkeit besitzt, diese Daten einzusehen.

In den Kommunen sind Ombudsmänner/frauen einzusetzen die sich um die Bedürfnisse der Bürger kümmern. Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten müssen nicht vor Gerichten entschieden werden.

**Die Kraft der Gedanken ist unsichtbar wie der Samen,
aus dem der Baum erwächst; sie ist aber der Ursprung
für Veränderungen im Leben des Menschen.
(Leo Tolstoi)**

Überlegungen zu Volksbegehren, Volksentscheid, Bürgerentscheid

Jeder ist seines Glückes Schmied, so der Volksmund. Nur was ist davon noch übrig, wenn Gesetze jede Freiheit einengen und nur die Starken im Verteidigen ihrer Macht beschäftigt sind. Die Parteien müssen das Volk nicht vor dem Volk schützen. Nein, ein Bürgerentscheid ist die urdemokratische Form der Beteiligung des Volkes an den gesellschaftlichen Fragen.

Bis dato werden wir in Deutschland behandelt als wären wir Geistesschwache. Durch Trunk- und Drogensucht entmündigte Menschen, die nur beschränkt geschäftsfähig sind. Nur alle vier Jahre tritt diese Geschäftsfähigkeit in kraft und so dürfen wir die zur Wahl stehenden Politiker und deren Parteien wählen. Wer, wie im BGB geschrieben, sich auf die Geschäftsfähigkeit beruft, muss die Voraussetzung dafür beweisen. Ein Bundes-Plebiszit weiter abzulehnen und Angst davor zu haben, dass wir, die Gesellschaft, nicht Sinnen sind, ist nicht mehr tragbar. Es ist schon erstaunlich, dass die Bayerische Verfassung vom Volk per Volksentscheid angenommen wurde, das Grundgesetz vom Volk allerdings bis heute keinerlei offizielle Zustimmung per Abstimmung erhielt.

Seit über 60 Jahren wird uns ein Grundgesetz vorgehalten, das nie einer mehrheitlichen Zustimmung unterworfen war. Auf Länderebene ist ein Volksbegehren oder Bürgerentscheid gang und gäbe und auch wenn es den in Hinterzimmern getroffene Entscheidungen der Politiker nicht gefällt, der Souverän ist weiter der Bürger dieser Gesellschaft und nicht der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin.

Selbst bei Fragen zu Europa und den Entscheidungen für die EU-Verfassung wurde von den Repräsentanten gefällt, weil sie uns, den Bürgern nicht trauten, obwohl wir doch die Suppe nun

ausbaden dürfen. So haben wir nicht abgestimmt, als es um die Wiedervereinigung ging, was sicher besser gewesen wäre, weil dann viele Fehler mit einer vorherigen Diskussion gar nicht erst entstanden wären und weil eine Mehrheit das ganze legitimiert hätte.

Wir wurden auch nicht gefragt, als die Postleitzahlen für ganz Deutschland neu erfunden werden sollten, obwohl eine Null als Zusatz für die neuen Bundesländer das Gleiche bewirkt hätte. Wir wurden nicht gefragt als der Euro beschlossen wurde. Wir sind in wichtigsten Fragen noch nie angehört worden. Ebenso wurden wir nie gefragt ob wir Spekulanten mit Steuern unterstützen wollen.

Wir wurden auch nicht gefragt welchen Tag wir als Nationalfeiertag gerne wünschten. Es wurde der 3. Oktober gewählt, obwohl die deutsche Geschichte ja nicht mit Birne (Helmut Kohl) begonnen hat.

Viel sinnvoller wäre beispielsweise der 9. November.

Am 9.11. 1918 wurde die Deutsche Republik ausgerufen und das Ende eines menschenverachtenden Krieges wurde besiegelt.

Am 9.11.38 fand die Reichspogromnacht statt und der Auftakt zum größten Völkermord in der Geschichte nahm ihren Lauf.

Zu guter Letzt: am 9.11.89 war der Mauerfall und die Bananenrepublik gründete sich.

Resumee:

Wenn wir akzeptieren, dass Leben mehr ist, als das was wir mit dem bloßen Auge erkennen und wir den Willen haben, für uns und nachfolgende Generationen die Erde zu erhalten und die Gemeinschaft zusammen zu halten, dann muss jetzt ein Paradigmenwechsel stattfinden.

Die bis dato Regierenden sind wegen Willenlosigkeit nicht in der Lage dafür zu sorgen und so ist es Zeit, dass Bürger das Heft wieder in die Hand nehmen, keinen Führer suchen, der ihnen die Antworten vorgibt, sondern sie sollten sich zusammenschließen und Sprecher benennen, die sie nach außen vertreten, Wissenschaft und Forschung vehement unterstützen und deren Vorschläge diskutieren sowie die Erwartungen und Folgen für Alle transparent machen.

Weil wir als Gesellschaft nur dann bestehen können, wenn wir uns den derzeitigen Problemen stellen, darüber diskutieren und dabei auch Versuch und Irrtum zulassen. Versuch und Irrtum sind legitim – nur sie können uns helfen die Zukunft zu gestalten. Ohne Häme, Besserwisserei und Geheimnissen, sondern Transparenz zu schaffen, zu kommunizieren und übergreifend zur Tat zu schreiten.

Die Finanzkrise, Globalisierungskrise und die Umweltkrise zeigen, dass die Politiker mit ihrem Latein sehr schnell am Ende sind und selbst anerkannte und selbsternannte Experten keinen Schimmer haben, wenn es sich um das wahre Leben handelt. Die Finanzkrise ist der Messfaktor, an dem sich all diese Eliten messen lassen müssen und die Messlatte ist mittlerweile am Boden angelangt. Das Vertrauen in sie ist weg, aber wir glauben an den Menschenverstand, das Bauchgefühl und die menschliche Energie. An die Politiker unserer Zeit glauben wir hingegen schon lange nicht mehr.

Gemeinsam werden wir verhindern, dass der Kapitalismus die Menschheit und unsere Bürger so dominiert, wie es davor der Marxismus versuchte.

Informationen zu die PARTEI finden Sie im Internet unter

www.die-partei.de

www.die-partei-bayern.com

**Der Autor ist Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit
von Die PARTEI in Bayern**

Sie erreichen ihn unter
info@die-partei-bayern.com

PARTEIARBEIT kostet ZEIT und GELD

Wenn auch Sie sich für einen Paradigmenwechsel in der Politik einsetzen, dann freuen wir uns über Ihre aktive Beteiligung.

Wenn Sie keine Zeit haben, aber unsere Arbeit unterstützen möchten, dann freuen wir uns über eine Spende und sagen schon jetzt herzlichen Dank.

Spendenkonto:

Die PARTEI Landesverband Bayern
Stadtsparkasse München
Konto: 1000457570
BLZ: 701 500 00

Spendenquittung auf Anfrage erhältlich

Der Autor bedankt sich herzlich bei:

Marlis Homolac
Edeltraud Bruckner
Robert Seeler
Peter Hoffmann
Bernd Sandner

und vielen anderen Parteimitgliedern und Freunden der PARTEI in und ausserhalb Bayern für deren Unterstützung, Ideen und Anregungen bei der Erschaffung dieses PARTEI-Manifestes.

Weitere Buch- und Filmtitel zu Die PARTEI

Das PARTEI Buch
Wie man in Deutschland eine Partei gründet und die Macht übernimmt
von Martin Sonneborn

Die PARTEI
Der ultimative Polit-Guide für Aktivisten in Bayern
von Gerd Bruckner

Die PARTEI - Der Film
von und mit Andreas Coerper, Martin Sonneborn uva.

Was wir hinter uns haben,
haben wir nicht mehr vor uns
(Gerd Bruckner)

Antrag auf Mitgliedschaft in Die PARTEI

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in Die PARTEI

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Geburtsort: _____

Staatsbürgerschaft: _____

PLZ und Wohnort: _____

Landkreis/Bundesland: _____

Telefon: _____

Email: _____

Beruf: _____

Ich möchte in meinem Wahlkreis für Die PARTEI
kandidieren:

ja nein

Ich möchte einen eigenen Ortsverband gründen. Bitte
informiert mich darüber, was ich machen muss.

Mein Antrag wird an den entspr. Landesverband zur
Bearbeitung weitergeleitet.

Ort/Datum

Unterschrift

Per Fax an: 089.77 67 34

Nachschlag:

Die PARTEI ist 2014 in das Europaparlament erfolgreich eingezogen.

Trotz Verbot und mannigfacher Hindernissen in früheren Jahren durch den Bundeswahlleiter und den Bundeswahlausschuss gelang es der Partei Die PARTEI zur Europawahl 2014 erstmals anzutreten.

Sie wurde von mehr als 180.000 deutschen Bürgern mit einem Mandat beauftragt, deren Interessen dort zu vertreten und den europäischen Irrsinn publik zu machen.

Schlusswort:

Würden die Menschen die Exponentialfunktion verstehen, wüssten selbst die sogenannten Experten in Wirtschaft und Politik, dass Wachstum endlich ist.